

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle ober deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Band 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 4. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Vom liberalen Bürgerthum.

Wieder einmal müssen sich liberale Politiker ab, eine Einigung aller Liberalen zu Wege zu bringen. Aber das Schicksal früherer Versuche hat sie jaghafter gemacht. Nicht mehr für die große liberale Partei wird geworben; es handelt sich nur um eine Verständigung für den bevorstehenden Wahlkampf, der spätestens im Jahre 1898 der Ablauf der fünfjährigen Reichstagsperiode bringen wird. Doch mag auch der direkte praktische Zweck der eingeleiteten Unterhandlungen geringfügig sein, mit löblichen Worten von der Ehre des deutschen Bürgerthums suchen die Wortführer der liberalen Einigung den eingeleiteten Verhandlungen einen Schein von Wichtigkeit zu verleihen.

Jetzt oder nie kann das Bürgerthum zu seinem Rechte kommen, heißt es in der liberalen Presse. Der Uebermuth der Agrarier wächst von Tag zu Tag. Mehr und mehr Zugeständnisse extorquen sie sich von unserer programmlosen Regierung. Hat sie doch sich dazu drängen lassen, eins der heiligsten Güter der Nation, die Börse, anzutasten. Schon wird die Politik der Handelsverträge preisgegeben von einzelnen Ministern. Auf zum Kampfe, ihr Bürger, schützt die Freiheit des Handels und des redlichen kapitalistischen Erwerbes vor den Unterdrückungsgelüsten unserer agrarischen Konkurrenten um die Herrschaft im Staate! Fehlt nur noch der charakteristische Auf, mit dem der jetzt verstorbene Oberbürgermeister von Berlin, Herr v. Jordanbeck, die Seinen bei einer ähnlichen Gelegenheit zu politischen Heldenthaten anzufeuern suchte: „Zurück auf die Schanzen!“

Damals — es war nach der Fusion, als vermuthete Kronprinzengunst dem alternden Liberalismus Frühlingseffekte in den Gliedern erweckte — haben sich die Liberalen so erfolgreich „rückwärts auf die Schanzen“ konzentriert, daß die mehr als hundert Mann, die sie im Feuer der Reichstagsdebatten stehen hatten, mittlerweile auf etwa ein Drittel reduziert sind.

Zurück auf die Schanzen! Weiter bringt es auch heute noch nicht der Einigungsruf der Hüter des bürgerlichen Kapitals. Zurück auf die Schanzen, um was zu verteidigen? Etwa einen Zustand im Staatswesen des Deutschen Reiches und Preußens, der der mächtigen Entwicklung Deutschlands zu einem Industriestaate auch in Politik und Verwaltung entspricht?

Wo man über die wirthschaftspolitischen und Verkehrs-einrichtungen hinausgeht, bei denen trotz mannigfacher Rückständigkeit doch die kapitalistische Entwicklung des Deutschen Reiches sich Geltung erzwungen hat, steckt Deutschland noch bis über beide Ohren im polizeistaatlichen Gewande, an dem wohl Bureaucraten und ostelbische Junker ihre Freude haben können, nicht aber das Bürgerthum. Wir sagten ausdrücklich „ostelbische“ Junker, denn an sich sind bürokratische Einrichtungen keineswegs nach dem Herzen eines selbstbewußten Landadels, wie ja in England sich der Landadel eine Jahrhundertlang Vorherrschaft durch Abweisung bürokratischer Einrichtungen gesichert hatte. Aber in Ostelbien haben die Junker ihre Rechnung dabei gefunden, sich mit der Bureaucratie zu verbinden, inwiefern ihnen zur Versorgung ihrer nichtbegüterten Klaffenangehörigen die fettesten Pfründen im Meer- und Staatswesen bereitwillig von Alters her zugestanden werden. Antibürokratische Junker vom Schlage des verstorbenen Herrn v. Wedemeyer sind weiße Raben und bestreiten als Ausnahme die Regel. So hat es die historische Entwicklung fertig gebracht, daß der ostelbische Junker mit dem Dunkel des ländlichen Winkelautokraten und der Ausbeutungssucht des kapitalistischen Schnaps-, Rüben- und Kornproduzenten auch noch die lakainenhafte Streberseele des bevorrechteten Pfründen-erpectanten vereinigt.

Das deutsche Bürgerthum, dem die Profitgier längst seinen verschwommenen Liberalismus angetrieben hat, war mit dem früher beschriebenen Junkerthum einen stillschweigenden Gegenseitigkeitsvertrag eingegangen, der dem Junkerthum alle seine Vorrechte im Staatswesen überließ, sich einverstanden erklärte mit der Erhaltung der polizeilich-bürokratischen Staatseinrichtungen und der selbstverständlichen Knebelung des Proletariats gegen die einzige Gegenleistung, daß das Wirthschaftsleben von den Fesseln kleinstaatlicher Zollschranken und Bewegungseinschränkungen befreit, Handel und Industrie zünftlicher und polizeilicher Fesseln entledigt und der freien Konkurrenz, diesem Lebenselemente kapitalistischer Produktion, keine Hemmnisse in den Weg gelegt würden. So lange die auf junkerlicher Grundlage organisierte Bureaucratie diesen Pakt hielt, also bis zur ersten bismarckischen „Zollreform“, hat das Bürgerthum, damals als nationalliberale Partei organisiert, alle zur Knebelung des aufstrebenden Proletariats durchgeführten Zwangsgeetze und Maßregelungen mitgemacht. Erst der Versuch einer junkerlichen Wirthschaftsreaktion machte es auffällig. Nicht politische Zustände, nicht Schwärmerei für liberale oder gar demokratische Einrichtungen und Gesetze führten zur sog. Sezession und zum vorübergehenden Anschwellen der Jahrzehnte im Hintergrunde stehenden kleinbürgerlich frondirenden Fortschrittspartei. Aber die junkerlich-bürokratische Regierung brauchte nur mit ihrer offiziösen Laterna magica den rothen Schreden oder den Franzosenreden in graufigen Bildern an die Wand zu werfen, dann fiel das auffällige Bürgerthum vor Angst gleich

wieder in die Reihen der Kämpfer für Ordnung, Sitte und Religion zurück. Und nicht nur der große Haufe des Bürgerthums, der dann wie 1887 für die Kartelllandboten stimmte, sondern auch seine Führer. Geht es doch Herrn Richter wie einem alten Militärgaul, der jetzt vor einer bürgerlichen Drohschle geht. Wird auf dem Paradeplatze zur Attacke gelassen, dann spitzt er die Ohren und fällt fleißig ein in das Galopp tempo der vorüberziehenden Schwadronen. Siehe 1893!

Und die Leute wollen uns glauben machen, sie würden mit ihrem bürgerlichen Mannesmuth einen neuen liberalen Aufschwung erkämpfen?

Man kann es wirklich nicht Herrn Eugen Richter verdenken, daß er hinter der ganzen pomphaften Veranstaltung nur ein Manöver wittert, einigen bei ihren kleinbürgerlichen Wählern in Mißkredit gerathenen Mitgliedern der liberalen Vereinigung die wackligen Reichstagsitze zu sichern, so Herrn Warth in Hirschberg und Herrn Bachnick in Parchim davor zu schützen, daß sie durch nicht so militärfrommen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei verdrängt werden.

Möglich, daß der Uebermuth des Junkerthums den Liberalen aller Schattirungen, besonders der freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei, eine Anzahl von Reichstagswählern bei der nächsten allgemeinen Wahl verschafft, aber auf die große liberale Partei werden die liberalen Staatsmänner ebenso vergeblich hoffen und harren wie auf die Ministerposten von Hofes Gnaden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 3. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Nach kurzer Diskussion, an der sich nur Juristen und von diesen wieder nur Mitglieder der gewesenen Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch theilnahmen, verließ der Reichstag den Entwurf für eine Reichsgrundbuch-Ordnung an die XVI. Kommission. Den zweiten Punkt der Tagesordnung, Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe in eine 3/4prozentige Anleihe leitete der Reichssekretär mit einer kurzen Wiederholung der gedruckt vorliegenden Motive ein. Aus dem Hause fand die Vorlage allgemeine Zustimmung, nur der Redner unserer Partei, Genosse Bebel, betonte entschieden, daß die Herabsetzung auf 3/4 statt auf 3 pCt. und die Gewährung einer Schonzeit von 8 Jahren, innerhalb deren eine weitere Zinsherabsetzung gesetzlich ausgeschlossen sein soll, eine Bevorzugung der Papierbesitzer auf Kosten der Steuerzahler sei, für welche sich kein gerechter Grund anführen lasse.

Von den Rednern der Linken mußten die Einwände Bebel's als berechtigt anerkannt werden, man glaubt aber dieselben nicht berücksichtigen zu können, da andernfalls die Konvertirung überhaupt nicht zu erreichen sei und die Steuerzahler dann nach wie vor 4 pCt. bezahlen müßten. Morgen ist Schwerinstage, Tagesordnung: Antrag unserer Genossen auf Einführung des Achtstundentages; derselbe wird von dem Abgeordneten R. Fischer begründet werden. Anfang der Sitzung 1 Uhr.

Zur Behandlung politischer Gefangener in Preußen. Die „Abein. West. Arb.-Ztg.“ schreibt:

Wie unseren Lesern bekannt, wurde dem Redakteur Genossen Bloch im Gefängnis zu Münster die Selbstbeschäftigung abgeschlagen unter Bezugnahme auf einen ministeriellen Erlaß, nach welchem die Selbstbeschäftigung von Strafgefangenen überhaupt nicht mehr zulässig sei. Von einer amtlichen Stelle, die man für informiert halten muß, wird uns jetzt mitgeteilt, daß eine derartige ministerielle Verfügung nicht existire. Es wäre doch sehr erwünscht, wenn dies authentisch festgestellt würde; vielleicht bietet sich bei der dritten Lesung des Etats im Reichstage die Gelegenheit zu einer Anfrage.

Auch unserem Kollegen vom „Volksblatt für Harburg etc.“, Genosse Kaufmann, wurde von der Direktion des Gefängnisses in Osnabrück mitgeteilt, daß ihm auf Grund einer ministeriellen Verfügung Selbstbeschäftigung nicht gewährt werden könne.

Im Reichstage schwiegen sich bei der Verhandlung über den Justizetat die Schönschreiber und Niederding gründlich aus, als sie über die Erteilung einer solchen Verordnung Auskunft geben sollten. Die Frage ist aber so bedeutungsvoll für den Kulturzustand Preußens, so wichtig für jede politische Partei, so dringend für die gesamte Presse, daß es sich wohl gebühren würde, daß amtliche Erklärungen endlich erfolgen. Sache der Presse ohne Unterschied wäre es, nicht zu ruhen, bis für die Behandlung der „Presfänger“ Garantien geschaffen werden, wie sie selbst rücksichtige Länder wie Oesterreich und Ungarn besitzen.

Auf Areta ist der „Aufstand“ wieder ausgebrochen, und diesmal scheint es ernstler zu sein als früher. Diesmal sind es nämlich die Türken, die sich gegen ihre eigene Regierung erhoben haben, weil diese, dem Druck der Mächte nachgebend, eine „Beruhigungs-Gendarmarie“ aus Griechen, Bulgaren, Montenegrinern und sonstigen Söldnern Rußlands hat bilden lassen, was der Auflieferung der Insel an die Russen gleichkommt. Diese Wirkung war vorzuzusehen. Die Türken sind keine Hammel, die sich ruhig abschlachten lassen. Warten wir ab, welche Folgen dieses neue Kunststück der europäischen Diplomatie haben wird. Greift der Aufstand um sich und schlägt er über in andere Theile der Türkei, so müssen wir uns auf blutige und entscheidungsvolle Ereignisse gefaßt machen.

Deutsches Reich.

Der Prozeß gegen die „Deutsche Tages-Ztg.“ wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch nicht erwieslich wahre Thatsachen wird am 16. Februar stattfinden. Der

Staatssekretär des Aeußeren v. Bieberstein ist hierzu als Zeuge geladen.

Der Bundesvorstand der polnischen Solol' vereine erläßt folgende Erklärung:

In der letzten Zeit sind einige Solol-Turnvereine zu wiederholten Malen von einem gewissen Theil der Presse, gewissen Kreisen im Landtage und von den Regierungsvertretern politischer Tendenzen verdächtigt worden. Angesichts dessen stellen wir als die oberste Behörde der Bundesvereine in erster Linie ausdrücklich fest, daß diese Vereine einzig und ausschließlich die Pflege der Gesundheit und die Entwicklung der körperlichen Kräfte durch Turnübungen zum Ziele haben. Da wir außerdem darüber wachen, daß nicht nur keine politischen, sondern überhaupt keine öffentlichen Angelegenheiten in unsere Vereine hereingeschmuggelt werden, da keiner der dem Bunde angehörenden Vereine irgendwelche Nebenwede verfolgt, sondern gewissenhaft die durch die Statuten ausgedehnten Grenzen innehält, stellen wir hiermit öffentlich fest, daß die besagten Verdächtigungen augenscheinlich auf ungenauen und unwahren Informationen beruhen.

Diese Erklärung wird Herrn von der Hesse von der Horst in keiner Weise beeinflussen. Für den Herrn preussischen Minister des Innern liegt sicher in dem Gutachten eines beliebigen Genarmen weit mehr Autorität als in der Erklärung einer großen Korporation ganz gewöhnlicher Steuerzahler.

Aus dem Riesengebirge. Ähnlich wie in Fuchsmühl ereignet es den Bewohnern von Agnetendorf im Riesengebirge. Die dortigen Stellner hatten das Recht, sich aus den anliegenden Forsten des Reichsgrafen v. Schaffgotsch — dem Herrn der Welt, soweit dieselbe am Riesengebirge liegt — Holz und Streu für ihren Bedarf zu holen. Dieses Recht wurde ihnen seitens des Waldbesizers noch im Jahre 1857 förmlich anerkannt. Seit längerer Zeit wurden jedoch den Berechtigten allerhand Schwierigkeiten seitens der gräflichen Forstverwaltung bereitet und wurden dieselben nebst ihren Angehörigen mehrfach mit Gewalt aus dem Walde vertrieben, wenn sie ihr Holz- und Streurecht ausübten.

Dadurch wurden die Stellner zu dem Entschlusse gedrängt, eine Ablösung ihrer Rechte anzustreben. Dieses Bestreben hat nun eine Reihe langwieriger und kostspieliger Prozesse für die Agnetendorfer Bewohner im Gefolge gehabt.

Vor uns liegt ander anderen Alten auch ein Erkenntniß des preussischen Ober-Landeskulturgerichtes, welches sich gegen mehr als hundert Agnetendorfer Kleinbesitzer richtet. In diesem Erkenntniß ist der gegenwärtige Geldwerth des Holzes und der Streu, welches die 118 berechtigten Stellenbesitzer aus den Forsten des Grafen Schaffgotsch holen dürfen, für jede einzelne Stelle per Jahr auf 24 M. 14 Pf. festgesetzt worden, welcher dann zum zwanzigfachen Betrage durch ein Kapital von 482 M. 80 Pf. für jede dieser Stellen zur Ablösung gebracht werden soll.

Dieses Erkenntniß wird ja zweifellos den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Kapitalisirung entsprechen, jedenfalls sind aber die Abgelösten nicht im Stande sich von den Zinsen des Kapitals, die dafür losgewordenen Rechte voll zu versehen, denn wenn sie jährlich wirklich nur für 24,14 M. Holz und Streu brauchen, so müßte sich das Ablösungskapital mit 5 pCt. Zinseszins anlegen lassen, wenn sie ihren Bedarf decken wollten. Dies ist aber nicht möglich; außerdem werden höchstwahrscheinlich die Holz- und Streupreise immer höher steigen und die Stellner müssen dann einfach immer mehr und mehr aus ihrer Tasche zulegen.

Das uns vorliegende Erkenntniß enthält auf 66 engbeschriebenen Seiten die Berechnung, auf Grund deren das erkennende Gericht zu seiner Werthmessung der abzulösenden Rechte gekommen ist; trotz der eingehenden Spezialisirung haben wir aber nicht die Ueberszeugung gewinnen können, daß die in Frage stehenden Stellner aus ihrem Holz- und Steuerrechte wirklich bloß pro Jahr für 24 M. 14 Pf. Nutzen gehabt haben.

Die Spezialberechnung der Sachverständigen, auf die sich das Urtheil stützt, kommt zu dem Schluß, daß der Festmeter des Holzes, welches die Berechtigten aus dem Walde holen dürften nach Abzug der daraus verwandten Arbeit nur noch einen Reinerwerth von ungefähr 1/10 Pf. repräsentire, oder für alle 118 der berechtigten Stellen zusammen im Jahre nur 72 Pf., dazu sind dann die Anfuhr des Ernteholzes und die Unkosten beim Einkauf desselben gerechnet und so kommt für jede Stelle im Jahre der Betrag von 6,12 M. heraus, welcher für das Holz durch die Ablösung zu ersetzen sei, während 18,02 M. auf die Streunutzung gerechnet werden.

Diese niedrige Werthbemessung des Reichtholzes ist dadurch zu Stande gekommen, daß die für das Sammeln und Einholen desselben aufzuwendende Zeit von dem Gebrauchswert abgezogen wurde, gerade darin liegt für die Berechtigten der wunde Punkt bei diesem Ablösungsverfahren. Wie und womit sollen denn die in dem weltentlegenen Hochgebirgsdörfern im Walde wohnenden Menschen, die für das Holz- und Streusammeln aufgewandte Zeit anders verwerten, dazu fehlt ihnen aber so gut wie jede Möglichkeit. Diese Leute sind eben einfach mit dem Walde verwachsen, der Wald ist ein Stück ihrer Lebensmöglichkeit. Was nützt es ihnen mithin, wenn das Erkenntniß auch noch so eingehend vorrechnet, daß sie sich in der Zeit, wo sie sonst Holz und Streu sammeln, anderweitig Geld verdienen können.

Das Erkenntniß wird sicherlich allen in den Ablösungsverfahren enthaltenen Bestimmungen entsprechen, aber gerade dadurch ist bewiesen, wie wenig diese Gesetze den wirklichen Bedürfnissen derer entsprechen, welche Rechte an den Großgrundbesitz haben und wie gut es die „Edelsten“ und „Besten“ — unter deren Einfluß und wesentlicher Mitwirkung diese Gesetze im preussischen Landtage zu Stande gekommen — verstanden haben, ihre Interessen in denselben zu wahren. Bekanntlich haben dieselben „Edelsten“ und „Besten“ es auch sehr gut verstanden, den Landleuten, welchen von ihren Vorfahren allerhand Hofdienste und sonstige Lasten aufgedrückt worden waren, eine 50jährige Rentenpflicht für Ablösung dieser Lasten aufzuerlegen.

Verfälschung des Militär-Strafverfahrens. Während über die künftige Gestaltung der Militär-Strafprozeß-Ordnung für das Reich noch immer nicht Sicheres verstanden und über den Zeitpunkt der Durchführung der so mysteriösen Reform erst recht Ungewißheit herrscht, scheint die Ver-

Schlechterung des in Süddeutschland bestehenden Zustandes Thatsache zu sein. Für Bayern steht die Sache fest, aber auch für Württemberg dürfte dies der Fall sein. In der bisherigen württembergischen Militär-Strafprozess-Ordnung ist vorgeschrieben, daß die Voruntersuchung durch einen Rechtsgelehrten bzw. den Auditor geführt werde. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, enthält nun die neue Militär-Strafprozess-Ordnung eine Bestimmung, nach der die Voruntersuchung künftig von einem Offizier geführt werden soll. Für Württemberg würde die Annahme dieser Bestimmung geradezu einen Rückschritt bedeuten.

Die Durchführung der Konvertierung der vierprozentigen Staatsanleihen geht überall spielend vor sich. So wird jetzt aus Württemberg amlich gemeldet: Aus Anlaß der Konvertierung der vierprozentigen württembergischen Staatsanleihe haben nur 33 Gläubiger mit 110 Schuldverschreibungen einen Kapitalbetrag von 51.100 M. gekündigt, was gegenüber dem zur Umwandlung bestimmten Gesamtkapital von 315 Mill. Mark ein verschwindender Bruchteil ist.

In dem glänzenden Gelingen der Maßregel liegt der schwere Vorwurf gegen die Regierungen, daß sie sich erst so spät und erst auf wiederholtes Anbringen zu einer so leicht durchführbaren Maßregel entschlossen haben.

Strasburg 1. C., 3. Februar. In der heute Vormittag im Landesausschusse fortgesetzten ersten Lesung des Etats Restes der Unterstaatssekretäre v. Schraut eine Erleichterung für die Landwirtschaft durch Ablösung der Fronen in Aussicht und wies darauf hin, daß in den letzten 10 Jahren 25 Millionen zu Rekonstruktionen aufgewendet worden, welche in der Hauptsache der Landwirtschaft zu gute gekommen sind. Der Unterstaatssekretär sagte ferner eine Organisation des Handwerks durch die Landesregierung zu für den Fall, daß eine solche durch das Reich wider Erwarten nicht zu Stande kommen sollte. Unterstaatssekretär Horn v. Bulach bezeichnet die verhängte zweimonatige Viehmarktsperre als das wirksamste Mittel gegen die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. Sodann wird die erste Lesung des Etats geschlossen.

Das Zeugniswangs-Verfahren gegen die „Eis.-Volkspartei“ ist beendet. Die Einsender der beantragten Sozialnotiz meldeten sich freiwillig. Hiernach hatte das Personal der „Eis.-Volksp.“ keine Ursache mehr, das Zeugnis zu verweigern.

Frankreich.

Paris, 3. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ein heute in Kraft getretener, zwischen Guesde, Lafargue und Genossen mit den Eigentümern der „Petite République“ abgeschlossener Vertrag garantiert unseren Parteigenossen auf 2 Jahre volle Selbständigkeit der Redaktion und während dreier Monate die Möglichkeit, das Blatt für die Partei anzukaufen.

Paris, 3. Februar. Der „Matin“ meldet, die von Lagarde und Ras Malonon unterzeichnete Handelskonvention zwischen Frankreich und Abyssinien regelt insbesondere die Karawanenverehr zwischen Djibuti und Abyssinien betreffende Fragen und enthält ferner eine Klausel, in welcher die Unabhängigkeit Abyssiniens anerkannt wird. Die Konvention sei nicht früher unterzeichnet worden, um nicht die Empfindlichkeit Italiens zu wecken.

Damit ist von einer Großmacht die Aufhebung der, wie angenommen wird, von Crispi gefälschten Klausel des Vertrages von Djibuti bez. des alleinigen Rechtes Italiens, Abyssinien dem Auslande gegenüber zu vertreten, anerkannt.

Belgien.

Antwerpen, 3. Februar. In der Provinz Antwerpen haben sich Liberale, Katholiken und Sozialisten hinsichtlich der Organisation einer großen Kundgebung verständigt, welche demnächst zu Gunsten der persönlichen Wehrpflicht stattfinden soll.

Nur ein kleiner Teil des belgischen Volkes, die durch ihren Reichthum Privilegien, sind für das Weiterbestehen des ungeliebten Postkaufmanns. Dieser winzige Bruchteil der Bevölkerung ist aber durch seinen sozialen Einfluß entscheidend.

England.

— Vier Millionen Mark ist das Ergebnis der für die durch die Hungersnot in Indien Betroffenen eingeleiteten Sammlungen.

Italien.

Rom, 1. Februar. (Eig. Ber.) In Piemont, der Lombardei und Venetien macht sich bereits seit zwei Jahren eine auf die Herbeiführung einer größeren Zentralisation in der Verwaltung gerichtete politische Bewegung bemerklich, welche jetzt auf die bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament Einfluß zu nehmen sich anschickt. In jeder der genannten drei Landschaften hat sich ein Komitee zu diesem Zwecke gebildet und bei dem Mangel an anderen sachlichen Programmen für den bevorstehenden Wahllampf innerhalb der Bourgeoisie ist es nicht unmöglich, daß die Stellung zu der Forderung einer administrativen Zentralisation hier oder dort über das Schicksal der Kandidaturen entscheiden wird.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Februar. Der öumenische Patriarch gab in Folge des Zwiespaltes zwischen den beiden Parteien der Synode seine Demission.

Konstantinopel, 3. Febr. Ein Erlass des Sultans verbietet in allen Teles (Mönchsklöstern) die Abhaltung von nächtlichen Gebeten. Die Vorsteher der Teles müßten sich schriftlich verpflichten, das Verbot einzuhalten. Die Maßregel, welche in mohamedanischen Kreisen Aufsehen hervorruft, hat den Zweck, Versammlungen während des Ramagans zu verhindern.

Konstantinopel, 3. Februar. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Areta herrscht in dem Kreis Kaneya vollkommene Anarchie; es werden zahlreiche Zusammenstöße zwischen Christen und Türken gemeldet. Bewaffnete Christen sind von Apokorona gegen Kaneya im Anzuge. In den Kreisen Kandia und Retimo herrschen ähnliche Zustände; es wird der Wiederbeginn des Aufstandes befürchtet; eine Verstärkung der reduzierten Besatzung der Insel ist im Gange.

Philippopol, 3. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Nach hier vorliegenden Berichten aus Konstantinopel haben sich der Staatsrath Zewst Bey, ehemaliges Mitglied der ersten jungtürkischen Partei, welche in den sechziger Jahren bestand, und Yusuf Pascha, seinerzeit Deputirter für Jerusalem im türkischen Parlament, im Auftrage des Sultans nach Paris und London begeben, um die dortigen jungtürkischen Komitees zum Verzicht auf weitere Thätigkeit zu bewegen und bei den Redaktionen der daselbst erscheinenden jungtürkischen Blätter darauf hinzuwirken, daß die Blätter ihr Erscheinen einstellen.

Neueren Berichten zufolge wäre auch die gemeldete Abreise des Brigadegenerals Zewst Pascha, der zuletzt Studienleiter in der Kriegsschule und früher Militärrath in Paris war, nicht als Flucht anzusehen, sondern als eine ähnliche Mission Zewst Paschas in Paris zurückzuführen. — Ferner wird aus Konstantinopel gemeldet, daß von dort aus dem jungtürkischen Komitee in Paris die Erfüllung seiner Wünsche bezüglich der Wiederherstellung der Konstitution, und zwar zum Vorkommen in Aussicht gestellt worden sei; doch werde in Konstantinopel vielfach der Ernst dieses Versprechens in Zweifel gezogen und angenommen, dasselbe sei nur zu dem Zwecke gegeben, um die jungtürkischen Umtriebe während des Ramagans einzudämmen.

Amerika.

Washington, 2. Februar. Die Meldung auswärtiger Blätter, Präsident Cleveland habe Senator Palmer gegenüber erklärt, er werde der Einwanderungsbill sein Veto entgegenzusetzen, falls nicht bedeutende Änderungen erfolgten, wird vom Senator Palmer

für unbegründet erklärt; ihm — Palmer — sei von Cleveland's Ansichten über die Einwanderungsbill nichts bekannt.

Washington, 2. Februar. Der Schiedsgerichts-Vortrag, betreffend Venezuela, ist heute Nachmittag von dem großbritannischen Botschafter Sir J. Pauncefoot und dem venezolanischen Gesandten Andrade unterzeichnet worden.

Das englisch-amerikanische Schiedsgericht in der Venezuela-Frage wird aus fünf Mitgliedern bestehen: Lord Herschell und Richter Collins werden England, der Präsident des obersten Gerichtshofes Fuller und Richter Brewer die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten. Diese vier werden einen fünften Schiedsrichter wählen, der Präsident des Schiedsgerichts sein wird. Sollten die vier Schiedsrichter sich binnen drei Monaten über die Wahl des fünften Schiedsrichters nicht einigen können, so soll König Oskar von Schweden und Norwegen denselben ernennen. Das Schiedsgericht wird sich sechs Tage nach Vertheilung der gedruckten Streitchriften in Paris versammeln; alle Fragen werden durch die Mehrheit des Schiedsgerichts entschieden werden.

Reichstag.

106. Sitzung vom 3. Februar 1897. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Nieberding, Graf Posadowsky und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Entwurfs einer Grundbuch-Ordnung.

Staatssekretär des Reichs-Justizamtes Nieberding: Die vorliegende Grundbuch-Ordnung ist bestimmt, eines der wichtigsten Kapitel des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Durchführung zu bringen, nämlich das Liegenschaftsrecht. Das Liegenschaftsrecht beruht darauf, daß die Belastung des Grundeigentums eingetragen werden soll in die öffentlichen Bücher. Es müssen über diese Bücher also rechtsgesetzliche Vorschriften erlassen werden, soweit eine einheitliche Regelung notwendig ist. Ueber die Fragen, wie die Eintragung in das Grundbuch vor sich gehen soll, wie die Beurkundung gestaltet sein soll, vor welchen Instanzen die Eintragungen u. s. w. erfolgen sollen, müssen einheitliche Bestimmungen getroffen werden. Ihrem Inhalte nach beruht die Vorlage auf dem preussischen Grundbuchrecht. Die Vorlage behält noch einzelstaatliche Vorschriften vor; das ist vom technischen Standpunkt aus nicht sehr erwünscht, aber es ist politisch notwendig, um die einzelstaatlichen Verhältnisse nicht zu sehr zu stören, sondern die Volksgewohnheiten zu schonen.

Abg. Spahn (Z.): Meine Freunde theilen den Standpunkt des Staatssekretärs vollkommen, daß nur das Nothwendigste rechtsgesetzlich geordnet werden muß, während die Einzelheiten den Einzelstaaten überlassen bleiben. Trotz des Einverständnisses mit der Vorlage können wir aber dieselbe nicht im Plenum beraten, sondern beantragen, die Vorlage der Kommission zu überweisen, welche mit der Vorlage über die Zwangsversteigerung beschäftigt ist. Es muß die allgemeine Haftpflicht eintreten; der Staat muß auch eintreten für Versehen der unzurechnungsfähigen Beamten. Redner verbreitet sich dann über einige Einzelheiten des Verfahrens.

Abg. Simbrugg (H.): Wir beantragen ebenfalls die Verweisung der Vorlage an die Kommission, welche sich mit der Zwangsversteigerung beschäftigt.

Abg. Kaufmann (fr. Sp.) schließt sich diesem Antrage an.
Abg. Bieschel (natl.): Im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem Gesetzentwurf durchaus sympathisch gegenüberstehen, daß wir zwar Bedenken in Einzelheiten haben, aber hoffen, daß diese in der Kommission werden erledigt werden können.

Abg. v. Buchta (L) spricht als Vertreter eines Einzelstaates, in dem die Verhältnisse anders liegen als in Preußen. Wenn die verbandelten Regierungen auch nach Möglichkeit die besonderen Verhältnisse der Einzelstaaten geschildert haben, so wird noch die Klärung manche Schwierigkeiten hervorbringen. Redner geht dann in einzelnen auf die mecklenburgischen Verhältnisse ein.
Damit schließt die Debatte, die Vorlage wird der bereits bestehenden Kommission für die Vorlage über die Zwangsversteigerung überwießen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kündigung und Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei der Vorlage kommen drei Hauptpunkte in Betracht: 1. Soll überhaupt konvertirt werden? 2. Soll konvertirt werden auf 3 1/2 oder 3 pCt.? 3. Soll im Interesse der Gläubiger eine Schonzeit im Gesetz festgelegt werden? Die erste Frage ist bereits, nachdem Preußen, Württemberg und Baden damit vorgegangen sind, entschieden. Die beiden anderen Fragen sind in der vorigen Session sowohl am Regierungstisch wie von den Rednern aller Parteien in so erschöpfender Weise behandelt, daß ich glaube, unbilligerweise die kostbare Zeit des hohen Hauses in Anspruch zu nehmen, wenn ich mich über diese Fragen überhaupt äußerte. In den Parlamenten ist diese Frage so eingehend erörtert worden, daß neue Gesichtspunkte überhaupt nicht mehr anzuführen sind. Vorbehaltlich einer Erwiderung auf Einwände, die gegen den Wortlaut des Gesetzes erhoben werden könnten, mache ich vorläufig nur zwei Bemerkungen: erstens entspricht die Vorlage fast wörtlich dem preussischen Gesetz, die Abweichungen sind rein formaler Natur auf Grund der Reichsgesetze. Ferner bemerke ich, daß mit dem Konversionsverfahren eine Statistik verbunden werden soll, um festzustellen, welcher Antheil der Reichsanleihen sich in ausländischem Besitz befindet, und ferner wie der inländische Besitz an Reichsanleihen auf juristische und Privatpersonen vertheilt ist. Ich hoffe in nicht allzulanger Zeit nach der Konvertierung dem Hause dieses interessante Material unterbreiten zu können.

Abg. Hug (Z.) erkennt an, daß die Faktoren, welche eine Konvertierung fordern, vorhanden sind; der Zinsfuß ist gesunken und die Kurse der vierprozentigen Anleihe zeigen, daß man allgemein eine Konvertierung erwartet. Die Gläubiger erleiden einen erheblichen Zinsausfall, den die reichen Leute wohl tragen können, nicht aber die Stützungen, deren Leistungen dadurch so beeinträchtigt werden, daß vielleicht der Staat für sie eintreten muß. Aber trotzdem empfiehlt Redner die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 1/2 pCt. und die Gewährung einer gewissen Schonzeit für die Gläubiger. Redner empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Gammacher (natl.): Wie werden für unveränderte Annahme der Regierungsvorlage stimmen. Aus den vom Staatssekretär angegebenen Gründen halten wir eine Vorberathung des Gesetzes in einer Kommission für überflüssig.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Selbstverständlich hängt die Wichtigkeit der von uns geplanten Statistik zum großen Theil von dem guten Willen derer ab, welche die Fragebogen auszufüllen haben. Wenn den Bankiers die Verpflichtung auferlegt wird, daß für ihre Kunden zu besorgen, so werden wir wohl ein annähernd richtiges Material erhalten.

Abg. Bebel (Soz.): So interessant diese Statistik sein mag, so lege ich doch keinen großen Werth darauf, weil man ja doch nicht weiß, was dabei herauskommen wird für unsere gesammten Finanzverhältnisse. Meine Freunde haben schon bei früheren Gelegenheiten ihre Stellung zur Konvertierung scharf gekennzeichnet, und wir haben immer die Konvertierung auf 3 pCt. verlangt. Ich unterschreibe alles, was neulich der Abg. Lieber über die 3prozentige Anleihe gesagt hat. Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß das Reich bei der Emission der 3prozentigen Anleihe sehr großen Schaden gehabt hat, und ich wundere mich nur, daß die Herren, die von der Reichsverwaltung als Sachverständige herangezogen waren, ihr Urtheil einstimmig dahin abgeben konnten, daß der von ihnen gebotene Weg betreten werden mußte, der für das Reich Schaden herbeiführte. Unter diesen Sachverständigen war auch der preuss. Finanzminister v. Miquel, der bei seinen hinreichenden Erfahrungen als früherer Direktor der Diskonto-Bank in erster Linie hätte einsehen sollen, daß der vorgeschlagene Weg dem Reich und Preußen nicht zum Vortheil gereicht. Daß eine

solche Anleihe von 3 pCt. nicht den mindesten Vortheil bietet, gegen 3 1/2prozentige Papiere, liegt auf der Hand. Aber der Reichstag hat auch einen großen Fehler gemacht. Wir hätten von vornherein bei der Bewilligung der Anleihe Einspruch erheben müssen. Jetzt scheint ein zweiter Fehler gemacht worden zu sollen, den auch Herr Lieber mit seinen Freunden mitmachen will. Dagegen muß ich warnend die Stimme erheben. Die 4prozentigen Papiere sollen auf 3 1/2 pCt. konvertirt werden, die 3 1/2prozentigen Reichspapiere stehen augenblicklich nicht ganz 104, die 3prozentigen 98,80. Daß ist ein Mißverhältnis im Kurs zwischen beiden. Nach dem Kurs der 3prozentigen von 98,80, die augenblicklich durch keinen Eingriff in ihrem Kurs erschüttert sind, so daß also der Kurs ihrem inneren Nothwendigkeit entspricht, müßten die 3 1/2prozentigen mindestens 110, wenn nicht 112 stehen. Daß die 4prozentigen nicht höher stehen, erklärt sich daraus, daß augenblicklich die Konvertierung droht.

Die Konvertierung wird sich ja, wie bisher überall, in aller Ruhe vollziehen; nur eine unbedeutende Summe wird zurückzuführen sein. Die Gläubiger werden froh sein, daß sie 3 1/2prozentige Papiere bekommen können, weil sie mit Sicherheit darauf rechnen können, daß sofort nach der Konvertierung der Kurs von 103,60 auf 110 und 112 steigen wird. (Widerpruch.) Ghe ein halbes Jahr vergeht, wird der Kurs der 3 1/2prozentigen Papiere bedeutend höher sein, als nach dem gegenwärtigen Stande auf dem Markt. In der Wochenschau der „Kreuzzeitung“ über Börse und Weltmarkt wird dieselbe Ansicht ausgesprochen. Was wird die weitere Folge sein? In dem Augenblick wo das Konvertierungsgeschäft vollzogen wird, wird ein großer Theil der Inhaber der 3prozentigen Papiere dieselben zum Kaufe auf den Markt werfen, um mit den 3 1/2prozentigen ein Geschäft machen zu können. Die 3prozentigen werden zurückgehen, die 3 1/2prozentigen werden hinaufgehen. Die weitere Folge wird sein, daß, wenn das Reich in nächster Zeit wieder Anleihen machen müßte, es die Anleihen nicht zu 3 1/2, sondern gleich zu 3 pCt. ausgeben wird, und dann wird das Reich geschädigt werden. Es wird die 3prozentigen niedriger ausgeben müssen als jetzt. So wird wieder das Reich ein Papier zu viel geringeren Werth auf den Markt werfen und dadurch künstlich die eigenen Anleihen des Reichs im Kurse drücken. Dieser Weg müßte unter allen Umständen vermieden werden. Und besonders bedenklich ist, daß Sie erklären, bis 1905 darf keine neue Konvertierung eintreten. Wie können Sie sich auf volle acht Jahre die Hände binden? Die bayerische Kammer möchte zur Sicherheit der Kapitalbesitzer auch eine solche Frist festsetzen, der bayerische Finanzminister ließ es aber nicht zu. In Württemberg und Preußen hat man zum Schaden dieser Länder die Frist gewährt. Abgesehen von großen Erschütterungen — vielleicht durch einen europäischen Krieg, der aber außer Berechnung bleiben muß, weil seine Wirkungen überhaupt nicht zu berechnen sind — ist doch die ganze Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß kein verständiger Mann, der die Sachlage beurtheilen kann, behaupten könnte, daß Aussicht vorhanden ist, daß dem Fallen des Zinsfußes irgend ein Hinderniß in den Weg treten könnte.

Die Ursachen des Fallens des Zinsfußes sind nicht ein Problem, denn dieses fortgesetzte Fallen des Zinsfußes geht ganz vernünftiger und natürlicher Weise Hand in Hand mit der ganzen großkapitalistisch-wirtschaftlichen Entwicklung. In dem Maße, wie diese Entwicklung in immer rascherem Gange sich vollzieht, findet eine ungeheure Kapitalanhäufung statt. Kapital hat keinen Werth für den Besitzer, wenn es nicht verzinslich angelegt werden kann. Er wird die Anlegung um jeden Preis versuchen, er muß es thun zu dem Preise, den ihm der Geldmarkt bietet, weil das Kapitalangebot sehr groß ist. Seit 1 1/2 Jahren, wo wir wieder eine Zeit der Prosperität haben, sind riesige Kapitalien angeammelt worden, und wenn dies so weiter geht: wo werden diese Kapitalien dann eine entsprechende Verwendung finden? In den 60er, 70er, ja 80er Jahren haben wir in einer ganzen Reihe europäischer Staaten und in Nordamerika kolossale Eisenbahnbauten gehabt, die ungeheure Summen in Anspruch nahmen; wir haben die anderen Verkehrsmittel, die Dampferlinien u. in großartigem Maßstabe sich entwickeln sehen, es sind eine große Zahl industrieller Unternehmungen in den verschiedensten Ländern ins Leben gerufen worden. Auf der anderen Seite haben gerade in den letzten zwanzig Jahren auf dem Gebiete der Marine- und Kriegsanrüstung einzelne Staaten riesenhafte Summen beansprucht. Wir haben gewiß alle Ursache, unzufrieden zu sein, wenn wirklich der Reichstag bald wieder eine größere Anleihe machen soll, um neue Kanonen zu bewilligen, und wenn hinter diesen neuen Kanonen noch neue Gewehre stehen. Aber betrachten Sie die Summen, die dafür erforderlich sind, so sind das alles zusammengefaßt nicht solche Summen, welche nicht bequem und rasch beschafft werden könnten, ohne daß dadurch eine große Bewegung auf dem Kapitalmarkt oder selbst innerhalb der Industrie herbeigeführt würde. Alles, was für die nächsten Jahre in Aussicht steht, wenn neue Kapitalien für neue Unternehmungen beansprucht werden, steht ganz außer Verhältnis zu der riesenhafte Zulage der Kapitalanbahnung in allen Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten. Da ist ferner sicher, daß, wenn jetzt unsere dreiprozentigen Papiere 98,80 stehen, sie in einem Jahre bereits über pari stehen werden. Diese Anschauung ist noch durch ein weiteres begründet. Im September 1895 standen die dreiprozentigen Papiere schon auf 100,80. Daß sie auf 98,80 gesunken sind, lag daran, daß infolge der großartigen Prosperitätsperiode von Handel und Verkehr in den letzten 1 1/2 Jahren eine große Kapitalnachfrage existierte, die den Zinsfuß erhöhte. Nebenliche Anforderungen an den Kapitalmarkt wird die folgende Periode nicht stellen. Nach wirtschaftlichen Gesetzen wird die gegenwärtige Prosperitätsperiode, die jetzt ihren höchsten Stand haben dürfte, spätestens 1898 ihr Ende erreichen, und dann werden wir uns wieder in einem wirtschaftlichen Niedergang befinden. Daher werden unzählige Leute, die ihr Geld bisher in industriellen Unternehmungen anlegten, ihre Papiere und Aktien verkaufen, um bei dem drohenden Sinken dieser Werthe in sicheren Staatspapieren ihr Geld anzulegen. Dadurch steigt der Kurs dieser Papiere.

Beim Bürgerlichen Gesetzbuch haben wir für künftig bei Zinsberechnungen und bürgerlichen Rechtsgerechtigkeiten 4 pCt. als maßgebenden Zinsfuß festgesetzt. Wie kann da angenommen werden, daß ein Zins von 3 1/2 pCt. sogar bis 1905 von dem so potenten deutschen Reich als maßgebend und billig angesehen werden könnte! Daher ist diese Vorlage höchst ungerechtfertigt. Es handelt sich hier nicht nur um das Reichsinteresse, denn sonst wären mit uns alle mit der Konvertierung auf 3 pCt. einverstanden, sondern auch um das Kapitalisteninteresse und das Interesse aller Institute und Stiftungen. Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns durch die Rücksicht auf die Kapitalisten, die Stiftungen u. s. w. von der dreiprozentigen Konvertierung sollen abhalten lassen. Haben etwa die Kapitalisten ein Recht auf einen bestimmten Zinsfuß? Was würden Sie dazu sagen, wenn auch die Arbeiter mit dem Verlangen kommen, daß ihnen unter allen Umständen wenigstens bis 1905 ein ganz bestimmtes Einkommen garantiert würde? Dagegen würden Sie sich ganz entschieden als gegen eine ungebührliche Zumuthung ausprechen.

Daß aber die Kapitalisten von Staats wegen ihren Zins garantiert bekommen, finden Sie ganz in der Ordnung. Wir meinen aber, daß hier das Reichs- und Staatsinteresse den Ausschlag zu geben hat. Das Reich kann unter ganz anderen Bedingungen seine Anleihen abschließen.
Es wäre ein großer Fehler, wenn die Vorlage in dieser Form von der großen Mehrheit des Reichstages angenommen würde. Ausland hat schon 1895 eine sehr bedeutende Summe seiner Staatsanleihe zu 3 1/2 pCt. konvertirt. Im vorigen Frühjahr stand der Kurs der 3 1/2prozentigen Russen auf 104,50, heute stehen die 3 1/2prozentigen Russen auf 100. Die holländischen Kreditpapiere von 3 pCt. stehen 4 über pari! Und Deutschland sollte so etwas nicht riskiren? Der Abg. Gammacher hat der dreiprozentigen Konvertierung das Bedenken entgegen gestellt, es könnten die deutschen Kapitalisten ihr Geld in erlöschenden Werthen anlegen. Der Minister Delbrück hat hier, als es sich auch darum handelte, daß der Staat Vorsorge treffe, daß die Kapitalisten möglichst wenig Schaden erlitten, sehr richtig gesagt: was

eben mich die Kapitalisten mit ihrem Gelde an, dafür habe ich nicht einzutreten. Ueberlassen wir das doch jedem einzelnen! Sie sind doch sonst so sehr gegen die Staatsbankrottenschaft! Wie soll hier auf einmal der Staat den Wohlthäter spielen. Die deutschen Kapitalisten haben in den letzten Jahren mit den Argentinern, Portugiesen, Griechen u. s. w. so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie sich wohl versehen werden, und wenn nicht, so ist das eben ihre Sache. Endlich hat der Abg. Hammacher zu meiner Ueberraschung auf die Kündigung der Kriegsanleihe nach 1871 hingewiesen und daraus die Schwundperiode hergeleitet. Das deutsche Volk hätte es einfach nicht begriffen, wenn die Finanzminister damals die Kriegsschuld nicht bezahlt hätten. Wäre es aber nicht geschehen, so hätte man die Schwundperiode auch gehabt. Keinem Finanzminister wäre es eingefallen, die fünf Milliarden einfach in einen eisernen Geldschrank zu stellen oder in einen zweiten oder dritten Juliusthurm, das Geld wäre also auch in der einen Weise der Spekulation dienstbar gemacht worden. Augenblicklich schwimmen wir auch ohne die französischen Milliarden im Geldreichthum. Das beweisen die Geldtresors der europäischen und außereuropäischen Banken, und dieser Geldreichthum muß auf den Zinsfuß wirken. Es wäre ein Unrecht, wenn das Reich diese Gelegenheit nicht benützte, seine Anleihen möglichst billig aufzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Udo Stolberg (L.): Als die Frage der Konvertirung in der letzten Session behandelt wurde, war ein Theil meiner Freunde gegen die Konvertirung, ein Theil dafür. Zu denen gehöre ich, und zwar will ich die Konvertirung auf 3 pCt., weil sonst der Zinsfuß künstlich hochgehalten wird zum Schaden der Landwirtschaft. Die Konvertirung der Pfandbriefe, die begonnen hat, aber nicht durchgeführt werden konnte, wird jetzt unmöglich gemacht durch das Vorhandensein der 3/2-prozentigen Papiere. 1871 handelte es sich nicht um eine Konvertirung, sondern um eine Zinsfußzahlung, das Kapital wurde ganz frei und mußte eine andere Anlage suchen. Die Freunde des Herrn Hammacher waren damals mit dieser Vorlage vollständig einverstanden. Da aber die Konvertirung auf 3 pCt. nicht zu erreichen sein wird, deshalb werden wir für die Vorlage stimmen. Ich würde aber für die Herabsetzung der Schonfrist von 8 auf 5 Jahre stimmen.

Abg. Barth (H. B.): Ich meine, daß nicht der Zinsfuß der Staatspapiere den Zinsfuß im Lande künstlich hochhält, sondern daß nach dem Zinsfuß, der sich im Lande herausgebildet hat, die Verwertung der Staatspapiere erfolgt. Wenn die 3/2-prozentigen Papiere von jeder weiteren Konversion ausgeschlossen werden könnten, würden sie erheblich im Kurse steigen. Die Anschaffung Vebels, daß die 3/2-prozentigen Papiere jetzt steigen würden, sei nicht zutreffend; denn sonst hätte die Börse schon längst ein Geschäft damit gemacht. Die Begebung der 3-prozentigen Papiere sei seitens des Finanzministers Miquel nach der damaligen Finanzlage kein Fehler gewesen. Nur wenn man jetzt die Konvertirung auf 3 pCt. vornehmen sollte, was Herr Lieber nicht will, wäre der von Herrn Lieber gemachte Vorwurf berechtigt. Was inzwischen seit der Zeit sich geändert hat bezüglich des Zinsfußes konnte niemand voraussehen. Im Interesse der Steuerzahler ist die Konvertirung auf 3 pCt. das Richtige, denn der Staat braucht nicht der Schutz der Kapitalisten zu sein. Deshalb will Redner gegen die Schonfrist stimmen.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) erklärt sich mit der Vorlage namens seiner Freunde im allgemeinen einverstanden. Redner erklärt sich für seine Person gegen die Schonfrist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Behauptung des Herrn Vebel, daß die 3/2-prozentigen Papiere steigen, die 3-prozentigen fallen würden und damit ein gutes Geschäft gemacht werden würde, ist nicht richtig. Die Konvertirung auf 3/2 pCt. hätten wir vor 3 oder 4 Jahren schon vornehmen können, aber andere Staaten sind ebenfalls nur auf 3/2 pCt. zurückgegangen, weil sie nur dadurch sich einen guten Kurs sichern können für etwaige neue Anleihen. Wir haben das Interesse, daß die Gelder unserer Staatsangehörigen im Inlande bleiben, damit das Interesse am Staate erhalten bleibt. Die Konvertirung muß so vorsichtig erfolgen, daß die Gläubiger sich durch den Zinsgenuss in ihrer sozialen Klasse erhalten können. Einen Zusammenhang zwischen der blühenden Erwerbsthätigkeit und einem niedrigen Zinsfuß kann ich nicht zugeben. Wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung vorhanden ist, fragt der Kaufmann nicht danach, ob er 3 oder 4 Prozent bezahlen muß. Obgleich England einen geringeren Zinsfuß hat, als wir, ist dort kein wirtschaftlicher Aufschwung vorhanden. Wenn die Vorlage nicht angenommen werden sollte, so würden die 3/2-prozentigen Papiere steigen und die Käufer derselben würden in ungezeichnetes Geschäft machen.

Abg. Hammacher (natl.): Allerdings giebt es in dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch schwankende Konjunkturen. Der humane und intelligente Arbeitgeber folgt aber bei sinkenden Konjunkturen mit dem Lohn nicht immer, um sich seine Arbeiter zu halten. Dasselbe muß der Staat auch bezüglich seiner Gläubiger thun. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt nicht in der finanziellen, sondern in der wirtschaftlichen Frage.

Abg. Lieber (Z.) weist den Vorwurf zurück, der gegen das Zentrum erhoben sei, daß es bei 3/2 pCt. stehen bleibe. Das sei eine Folge der Erklärung der verbündeten Regierungen, daß die Konvertirung pari passu mit den Einzelstaaten erfolgen solle. Ein dauerndes Sinken des Zinsfußes auf 3 pCt. kann heute noch nicht behauptet werden, deshalb muß man bei 3/2 pCt. stehen bleiben und nicht der Zinsbewegung voraneilen.

Abg. Vebel: Die Zinsen richten sich nach den Marktverhältnissen, und der Staat muß die marktgemässigen Preise bezahlen, wenn er Geld haben will. Abg. Barth meint, die Inhaber dieser Papiere hätten ein gutes Geschäft gemacht; warum ich denn selbst nicht das Geschäft gemacht hätte? Ja, der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (Heiterkeit.) Das eine kann ich dem Kollegen Barth sagen: die Sozialdemokratie hat, als zum erstenmal die 3-prozentigen Papiere ausgegeben wurden, sofort einen großen Posten gekauft zu 87 und ein ausgezeichnetes Geschäft dabei gemacht. (Große Heiterkeit.) Der Kurs der 3-prozentigen ist ziemlich sicher und steht nahe an 100. Danach müßten die 3/2-prozentigen höher stehen als sie jetzt stehen. Sie sind also doch von Bantiers beeinflusst, welche mit der Konvertirung rechnen. Sobald die Konvertirung beendet sein wird, werden die 3/2-prozentigen gewaltig steigen. Das ist keine Prophezeiung, sondern Berechnungen auf Grund der Erfahrungen des Geldmarkts. Kollege Hammacher machte darauf aufmerksam, daß diese Papiere nicht in den Händen von Großkapitalisten, sondern in wirtschaftlich schwächeren Händen wären. Diese kleinen Leute sind aber besonders geneigt, den Forderungen der Bantiers zu folgen, wenn diese faule Papiere auf den Markt bringen. Das beweisen Papiere wie die Rumänen, Argentinier, Griechen u. s. w. Die Großkapitalisten sind es also, die die kleinen Leute verführen. Aktien von Bergwerken u. s. w. sind in den Händen der Großkapitalisten. Graf Posadowsky hat übersehen, daß ich nur von den nächsten Wirkungen der Konvertirung gesprochen habe; die Bewegung wird allerdings nach einer bestimmten Periode zum Abschlus kommen. Wir wollen ruhig abwarten, wer von uns in diesem Hause in 2 oder 3 Jahren recht hat. Ich wünsche allerdings, daß der jegliche kapitalistische Staat bald zu Falle gebracht werde, aber mit dem Wunsche allein ist es nicht getan.

Benignus § 10 muß abgeschafft werden; Herr Hammacher hat geltend gemacht, daß § 10 nur für die 400 Millionen 4-prozentigen Papiere, die jetzt in Frage stehen, in Betracht komme, aber nicht für die schon vorhandenen 800 Millionen 3/2-prozentigen Papiere. Ich stimme dem vollkommen bei. Aber es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß auch an die Konvertirung der 3-prozentigen Papiere nicht eher gedacht wird, als es jetzt bei den 4-prozentigen geschehen wird. Darin liegt der Schaden für das Reich.

Die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird nicht beliebt.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Antrag Nr. 5 wegen des Achthundtags und Petitionen).

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Für Erwerbung eines Truppen-Übungsplatzes für das IV. Armeekorps werden als letzte Rate 1 545 000 M. gefordert, der ganze Platz kostet 4 745 000 M. Referent Abg. Bachem beanstandet anfangs die Summe, er läßt sich aber eines besseren belehren und zieht seinen Widerspruch zurück. Die Position wird bewilligt. Für das V. Armeekorps werden für einen Übungsplatz 10 000 M. Vorbereitungskosten verlangt, der ganze Platz soll 5—6 000 000 M. betragen. Auch hier giebt Abg. Bachem zur Erwägung, ob mit Bewilligung der Summe ein Engagement eingegangen werden solle. Die Abgg. v. Massow und Gröber und der General v. Gemmingen sprechen für die Bewilligung, Gröber mit dem Hinweis, nicht zu rasch mit der Beschaffung der großen Übungsplätze vorzugehen. Die Forderung wird bewilligt.

Für das VIII. Armeekorps werden für den Übungsplatz als Rest 1 358 000 M. gefordert; der ganze Platz beansprucht 5 158 000 M. Abg. Bachem beantragt, 208 000 M. von dieser Summe abzusehen. Abg. Prinz v. Krenberg spricht gegen diesen Antrag. General v. Gemmingen giebt zu, daß die Summe von 200 000 M., die für einen Bahnbau nach dem Übungsplatz gefordert werde, noch auf ein Jahr zurückgestellt werden kann. Es wird demgemäß beschloffen. Für die Vergrößerung des Artillerie-Schießplatzes Lodz wird 1 100 000 M. bewilligt; für Unterbringung von Kavalleriedivisionen auf Übungsplätzen 200 000 M.; für Erweiterung des Paradeplatzes auf dem Übungsplatz bei Arns 213 000 M., zum gleichen Zweck für die Seine 370 000 M., für Münster 60 000 M.; für Schießstände für ein neues Garde-Infanterie-Regiment in Berlin 27 000 M.

Weiter werden zur Erwerbung von Schießständen für die neuen vierten Bataillone 800 000 M. gefordert und bewilligt. Bewilligt werden weiter die Titel 87—105. Für den Neubau eines Rabattenhauses in Naumburg werden als erste Rate 513 500 M. gefordert, die ganze Bauausgabe ist auf 1 980 650 M. veranschlagt. Abg. Bachem beantragt Beanstandung der Summe für dieses Jahr. Nach längerer Debatte wird die Bewilligung mit 10 gegen 9 Stimmen ausgesprochen. Weiter werden die Titel 107 bis 127 bewilligt. Für Zabern werden 450 000 M. für einen Kasernenbau gefordert, Gesamtkosten 1 088 000 M. Die Forderung wird abgelehnt. Die nächsten Forderungen bis zu Titel 184 werden bewilligt.

Man geht über zur Verathung des außerordentlichen Etats. Von der Forderung für Beschaffung von Feldbahnmateriale (912 000 M.) werden 300 000 M. abgesetzt. Die übrigen Forderungen bis zu Titel 7 werden bewilligt.

Darauf werden die Forderungen des sächsischen Etats, einmalige Ausgaben, von Titel 135—141 bewilligt. Für den Übungsplatz in Zeithain wird die dritte Rate, einschließlich einer Mehrausgabe von 170 000 M., mit 950 000 M. gefordert. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6 460 000 M. Die Forderung wird ebenfalls bewilligt. Die Titel 144—146 werden bewilligt. Von der Forderung in Titel 147 (150 000 M. für Ausstattungs-ergänzungen in Leipzig) werden 40 000 M. gestrichen. Für ein Paradeplatzernement in Rammern werden 400 000 M. gefordert, aber nur 200 000 M. gutgegeben. Die Titel 149—153 werden bewilligt. Titel 154 werden statt 80 000 M. nur 40 000 M. zugestanden. Die Restforderungen bis Titel 166 werden genehmigt. Auch die Forderungen im außerordentlichen Etat für Sachsen werden bewilligt.

Es beginnt die Verathung des einmaligen Etats für Württemberg. Die Titel 167—173 werden bewilligt. Bei dem Titel 174, der 391 000 M. für Kasernenbauten für die neuen vierten Bataillone fordert, entsteht eine längere Debatte über die Erhaltung der jetzigen Garnison in Weingarten. Eine dießzügliche Resolution hatte der Reichstag im vorigen Sommer angenommen, die das württembergische Kriegsministerium als für seine Pläne genehmigt ansieht und aufgehoben haben möchte. Die im Vorjahre angenommene Resolution wird von der großen Mehrheit der Kommission ausnahmsweise bestätigt. Die weiteren Forderungen des württembergischen Militäretats werden nach Abstrich von 230 000 M. bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag, vormittags 10 Uhr.

Die Konventionen wünschen für morgen den Ausfall der Sitzung wegen einer wichtigen Fraktions Sitzung.

Dem Reichstage ist heute der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, und der Zivilprozess-Ordnung zugegangen.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für den oberrheinischen Agitationsbezirk wird auf Beschluß der Parteigenossen in Köln und Kalk am 14. Februar in Neuwied abgehalten. Unter anderm soll über den Sitz des Agitationskomitees Bestimmung getroffen werden.

Unser Genosse Singer, dessen Erkrankung an einem Lungenleiden wir vorgestern meldeten, ist zum Glück auf dem Wege der Besserung; es wird aber voraussichtlich noch längere Zeit dauern, ehe er sich seiner öffentlichen Thätigkeit wieder widmen kann.

Von der Agitation. In Oberwald giebt am Montag Abend Genosse Vebel einen Vortrag über die Grundanschauungen und Grundsätze der Sozialdemokratie. Die Versammlung war überfüllt; wegen der Kleinheit des Saales fanden leider viele Besucher keinen Platz. Nach dem Vortrag ergriß ein freisinniger Rechtsanwält das Wort, um seine Partei gegen Angriffe des Referenten zu verteidigen, im weiteren griff er den Referenten wegen dessen Schrift: „Die Frau“ an. Da die Zeit bereits sehr vorgeschritten war und Vebel mit dem letzten Zuge nach Hause mußte, erklärte dieser sich bereit, in Kürze wiederzukommen und die Einwände des Gegners gründlich zu beleuchten. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlage zu und soll die nächste Versammlung innerhalb vierzehn Tagen, womöglich in einem größeren Saale, abgehalten werden.

Die sozialdemokratischen Vereine in Klona und Ottenfen haben den Monatsbeitrag von 30 auf 50 Pf. erhöht.

Aus Frankenhäusern am Kyffhäuser bringt das „Saalfelder Volksblatt“ eine Erklärung der vier Parteigenossen Apfel, Hoffmann, Kump und Schmidt, die im dortigen Gemeinderath dafür gestimmt haben, daß sich die Stadt Frankenhäuser an der von den schwarzburgischen Städten geplanten Widmung eines Pochzeits-geschentes für den Prinzen Sizzo mit einer Summe betheiliget. Das wesentliche der Erklärung lautet: „Wir waren uns im Momente der Abstimmung voll bewußt, daß die Bewilligung dieser 200 Mark unsererseits ein Verstoß gegen die Prinzipien unserer Partei sei. Gleichzeitig aber waren wir uns auch klar, daß eine durch uns herbeigeführte Nichtbetheiligung der Stadt von den nicht-sozialdemokratischen Bürgern Frankenhäusers als eine schwere Schädigung sächsischer Interessen nach außen betrachtet worden wäre. Da wir nun infolge unserer Majorität im Stadtrathe für jeden Beschluß auch die volle und ganze Verantwortung zu tragen haben und um uns nicht immer und immer wieder den Vorwurf seitens unserer Gegner machen zu lassen, daß wir in diktatorischer Weise die Interessen der Gesamtheit der Stadt unserer Parteinteressen unterordneten, stimmten wir für die Vorlage, bemerkten aber ausdrücklich, daß wir dies nur angeht, des in Betracht kommenden verhältnismäßig geringfügigen Objekts von 200 M. (es war ein Betrag von 600 M. ins Auge gefaßt) und zwar lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen thäten, indem wir unter Verächtlichung der in solchen kleinen Städten auch kleinlichen, von vielen Faktoren abhängigen Interessen obigen Vorwurf nicht auf uns werfen lassen wollten. Wenn gesagt ist, daß unsere Abstimmung bei den Genossen Unwillen und bei den Gegnern Schadenfreude erweckt habe, so bitten wir doch, diese Angelegenheit weniger vom hohen Standpunkt des Parteipolitikers, als von dem der Duldsamkeit der Majorität gegenüber der Minorität beurtheilen zu wollen. Dies fällt nach richtiger Würdigung und Kenntnisaufnahme der örtlichen Verhältnisse jedenfalls um so leichter, als es sich thatsächlich um kein großes Opfer aus dem Kommunehaushalt, sondern um eine Bagatelle handelte. Wir glauben deshalb auch nicht, daß wir nun in den Augen der Parteigenossen jetzt als schlechtere Parteigenossen gelten, als vorher. Vor diesem Verdachte glauben wir uns schon deswegen geschützt, weil der endstehende mitunterzeichnete

Parteigenosse Apfel vor kurzem im Landtage in nicht mißzuverstehender Form den Standpunkt unserer Partei gegenüber Monarchie und Erbfolge klar dargelegt hat.“

Durch diese Erklärung haben die vier Parteigenossen ihre Position nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wenn die sozialdemokratische Partei ihre Grundsätze Zweckmäßigkeitsgründen zu Liebe preisgeben wollte, würde es mit ihr bald Rathhai am letzten stehen. Das zeichnet gerade unsere Partei vor den übrigen aus, daß sie ihr Verhalten nach Grundsätzen, nicht opportunistisch nur nach den jeweilig obwaltenden Umständen bestimmt, und gerade das zwingt dem Gegner Respekt vor uns ab, gerade das bietet dem Proletariat die Gewähr, daß es seine Vertretung vertrauensvoll unserer Partei übertragen kann. Toleranz auf Kosten von wohlverprobten Grundsätzen zu üben, führt zur Charakterlosigkeit und macht uns bei den Gegnern nur lächerlich, denn diesen fällt es gar nicht ein, uns gegenüber auch nur in einem Punkte Toleranz zu üben.

Vollkellisches, Gerichtliches etc.

— Die Magdeburger „Volkstimme“ schreibt: Genosse Schröder ist noch nicht in Freiheit; Montag Vormittag ging ihm Nachricht zu, daß er die ihm wegen Verübung groben Unfalls, begangen durch die Presse, zuerkannte Strafe verbüßen kann. Schröder öffnete sich am Sonntag den 21. Februar die Pforten der Strafanstalt Gommern.

— Genosse Richard Wittrich, Redakteur an der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, hat am 2. Februar das Dresdener Gefängniß nach Verbüßung der dreimonatlichen Strafe verlassen, die ihm wegen Verletzung des sächsischen Gesamtministeriums auferlegt war. Er hat durch die Haft Schaden an seiner Gesundheit nicht erlitten. Auch Genosse Horn, der wegen Preisvergehen acht Monate im Zwickauer Gefängniß hat zubringen müssen und ebenfalls am 2. Februar auf freien Fuß gesetzt worden ist, sieht, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mittheilt, äußerlich wohl aus. Bei seinem Alter würden indeß die Nachwehen der Haft wohl nicht ausbleiben.

Der Gesundheitszustand der preussischen Bergleute.

Der von der Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenwesen“ unlängst publizierte Bericht über die Rechnungsergebnisse der preussischen Knappschaffvereine ist wieder ein Beweis für die außerordentlich den Körper zerrüttende Wirkung der Grubenarbeit.

Im Jahre 1895 waren in Preußen 74 Knappschaffvereine vorhanden, die eine Gesamtzahl von 428 126 Mitgliedern hatten. Die Mitgliederzahl war gegen das Vorjahr um 5572 = 1,32 pCt. gefallen. Das schuldenfreie Vermögen des Vereins belief sich 1895 auf 60 808 615,86 M. oder auf den Kopf jedes Mitgliedes 219,57 M.

Von den 428 126 Kassenmitgliedern erkrankten 241 793! Berechnet man das Verhältnis der Kranken zu der Gesamt-Mitgliederzahl in den letzten 10 Jahren, so entstehen auf pro 1000 beitragszahlende Bergleute Kranke:

Jahr	1886	1887	1888	1889	1890
Kranke	557	529	517	508	547
Kranke	1891	1892	1893	1894	1895
Kranke	558	535	583	547	565

Wie man sieht, nimmt die Morbidität der preussischen Knappen ständig zu.

Diese Zahlen sind Durchschnitte für ganz Preußen. In einzelnen Knappschaffbezirken ist das Verhältnis der Kranken zu den Gesunden ein weit ungünstigeres. So z. B. waren von den Mitgliedern der Wurm-Knappenkasse (Kadener Revier) sage und schreibe 93 pCt. 1895 in ärztlicher Behandlung. Im Bochumer Knappschaffverein entfielen 1895 auf jedes Mitglied 3 (drei) ärztliche Konsultationen! In Nieder- und Oberschlesien ist es nicht besser. Die günstige amtliche Ziffer ist nur zu erklären durch das Mitberechnen der Mitglieder vieler kleinen Kassen in den Erzbergwerksbezirken, wo die Arbeiterschaft vielfach nicht ständig die Grube besetzt und wo eine gesündere Landluft die Schäden der Grubenmiasmen am menschlichen Körper oftmals paralysirt.

Von den Erkrankten hatten 80,29 pCt. eine Krankheitszeit von durchschnittlich 16,2 Tagen zu verzeichnen. Dieser Durchschnitt ist fast der gleiche des Vorjahres. Würde man die Bergleute nicht mit allerhand Anpassern und Spionen umgeben, die, sobald der Kranke nur eben wieder kriechen kann, sofort dem zuständigen Knappschaffarzt melden: der Mann ist wieder gesund, dann sollte sich die durchschnittliche Krankheitszeit schon bedeutend verlängern. Es ist ein offenes Geheimniß, daß selten ein völlig ausgeheilte Kranke wieder die Bergarbeit aufnimmt. Schon der geringe Krankenlohn zwingt den Empfinger, will er nicht wirtschaftlich ruiniert werden, die Arbeit vorzeitig aufzunehmen. Der geringe Krankenlohn hält auch überdies manchen todtkranken Knappen ab, sich einen Krankenschein geben zu lassen. Da bleibt man lieber am Husten; trotz Lungenaffektion und Magenleiden schuftet man bis man hinfällt. Dies ist keine Uebertreibung, sondern leider bittere Wahrheit und jeder Ungläubige kann sich in den bergbaureichenden Distrikten Preußens leicht überzeugen von dem, was es heute noch für unmöglich hält.

Ueber das durchschnittliche Dienstalter der preussischen Bergleute theilt die amtliche Zeitschrift ebenfalls interessantes mit. „Halbinvalide“ wird der Knappe schon mit 46,5 Jahren. Hat er sofort nach seiner Schulentlassung die Grube besetzt, dann schaut er also bei Eintritt der „Halbinvalidität“ auf dreißig Jahre unterirdische Grubenarbeit zurück. Aber diese Zahl ist nur zu sehr problematisch; die wenigsten Bergleute besetzen die Grube schon in einem Alter von sechzehn Jahren. Im Ruhrgebiet waren 1893 nicht weniger wie 12,3 pCt. der Bergleute erst ein Jahr als solche thätig, während die Zahl der Arbeiter von 17—27 Jahren fast ein Drittel der Belegschaft ausmachte. Man darf ruhig annehmen, daß im Ruhrgebiet höchstens 1/3 der Gesamtbelegschaft sofort bei arbeitsfähigem Alter Bergarbeit verrichtet. Die übrigen 2/3 sind erst, nachdem sie in anderen Berufsarten längere Zeit thätig waren, zum Bergbau gekommen, sind meistens ältere eingewanderte Hülfsarbeiter. Viel richtiger wäre es, wenn die amtliche Statistik das Dienstalter — und zwar das unterirdische — der Knappen Preußens feststellte. Hier würde dann ein ganz anderes Resultat herauskommen. So beträgt z. B. das durchschnittliche Dienstalter der Ruhr-Bergleute nur 19 Jahre! Hiernach träte an der Ruhr schon mit 35—37 Jahren die Invalidität der Bergleute ein.

„Ganzinvalid“ wird der preussische Bergmann durchschnittlich mit 49,1 Jahren. Auch diese Ziffer ist vorsichtig anzunehmen. Es kommen hier für die amtliche Statistik günstig in Betracht wieder die vorwiegend Landwirtschaft betreibenden Erzbergwerksbezirke, in denen die Arbeiter oft monatelang gar nicht die Grube aufsuchen, sondern mehr als Saisonarbeiter zu betrachten sind. Wir nennen hierzu nur das Siegen-Passauer Erzrevier. Der Westfälische Knappschaffverein hat denn auch neben dem des Saalfreies die höchste Ziffer von Jahren aufzuweisen, in welcher erst die Ganzinvalidität der Mitglieder ausgesprochen werden würde. Dabingegen mußte der Dröschler Verein seine Mitglieder schon mit 39,6, der oberste Schiefer mit 46,6 Jahren zu Ganzinvaliden machen.

Wer nun weiß, wie schwierig es dem Bergmann gemacht wird, seine Invalidität bescheinigt zu bekommen, der behandelt die eben erwähnten amtlichen Ausweise mit sehr großer Vorsicht. Man muß die Bergleute in ihren Versammlungen klagen hören über die Schikanen, die sie zu erdulden haben, ehe der Arzt sie zum Invaliden macht, um den vollen Werth der uns vorliegenden Statistik für den Sozialpolitiker erweisen zu können.

Wenn man die Arbeiter so lange zwingt, zur Grube zu gehen, bis sie fast zusammenfallen, dann läßt sich wohl ein hohes Durchschnittsalter für Invaliden berechnen. Wie sehr der Körper des

maliden Krappen, wird er invalide, zerrüttet ist, mag uns die milde Nachricht lehren, daß die Lebensdauer eines invalid gewordenen Bergmanns nur noch 16,23 Jahre beträgt. Diese kurze Zeit darf sich also der preussische Bergmann, nachdem er 20 bis 30 Jahre den Gefahren der Tiefe trotzte, seines Lebens freuen und schmelzen mit den paar Pfennigen der Invalidenpension. Während der Grubenbesitzer nach 20 bis 30jähriger Arbeit sich im Wohlgefühl eines gefüllten Beutels seine wohlverdiente Ruhe gönnen kann, muß der Bergarbeiter trotz seines kranken Leibes auch noch als Invalid zu sehen, wie er sich einige Pfennige zu seiner Pension zuverdient. Denn von dieser allein müßte er Hungers sterben.

Ja, herrlich ist das Bergmannsleben.

Gewerkschaftliches.

In der Glasbleiserei von Dittmann in Berlin, Nitterstraße 11, haben sämtliche Kollegen die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. J. A.: Hamann.

Aus Weiskensfeld wird uns unterm 3. Februar berichtet: Im Laufe der Schuhmacherbewegung ist infolge der Wiedereröffnung der Fabriken eine wesentliche Änderung eingetreten. Da die von den Prinzipalen erwartete allgemeine Wiederannähme der Arbeit nicht erfolgte, den Fabrikanten aber das Feuer auf die Mägel brennt, so hat man die Zentral-Streikkommission ersucht, in Verhandlungen einzutreten. Reichstags-Abgeordneter Bock aus Gotha ist um seine Vermittelung angegangen worden. Die Streikenden haben nun einen Teil ihrer Forderungen fallen gelassen und die auf Grund dessen mit fünf Prinzipalen gepflogenen Verhandlungen führten zu dem Resultat, daß in diesen fünf Fabriken die Arbeit jedenfalls heute wieder aufgenommen werden wird. Infolge dieser Verhandlungen glaubten die Streikenden besser vorwärts zu kommen, wenn sie mit den Unternehmern gemeinsam verhandelten. Eine Delegation von drei Mann begab sich deshalb zum Fabrikanten Moritz Seiler, dem Vorsitzenden des Fabrikanten-Vereins, um diesen die Ansicht, allgemein und nicht einzeln verhandeln zu wollen, mitzuteilen. Herr Seiler wies aber der Kommission, die aus dem Genossen Siebert-Rürnberg, dem Fachvereinsmitglied Fleischhauer und dem Gewerkschaftsmitglied Gule bestand, brüsk die Thür; indessen ist auch dieser Herr geneigt, in Verhandlungen, aber nur mit seinen Arbeitern einzutreten. Er hat seinen Arbeitern bereits verschiedene Zugeständnisse gemacht.

Die Ausständigen sind gewillt, bei nur halbwegs annehmbaren Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, beschließen aber in der großen Versammlung am Dienstag den Streik fortzuführen, falls keine Konzessionen gemacht werden. Am Dienstag hat sich der erste Zugang von auswärtig bemerkbar gemacht. Vermeidung des Zuganges und weitgehendste finanzielle Unterstützung ist dringend nötig.

Achtung, Metall- und Fabrikarbeiter!

Seit 17 Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Carl Thiel u. Söhne in Lübeck im Streik. Es handelt sich auch hier um die Frage: Sollen die Arbeiter sich demütig vor dem koalierten Unternehmertum beugen und zu allem Ja und Amen sagen, oder sollen sie ihre Menschenwürde hochhalten und ausharren, bis annehmbare Bedingungen gestellt werden? Der Streik hat bereits ungeheure Opfer gekostet. Es sei nur darauf verwiesen, daß von der Justiz einundzwanzig Jahre fünf Monate und zwanzig Tage Gefängnis, Haft oder Untersuchungshaft über am Streik direkt oder indirekt beteiligte Arbeiter verhängt worden sind. Gleiches dürfte in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kaum noch dagewesen sein. Trotzdem wanken die Streikenden nicht. Wie die Hamburger Hafenarbeiter, so sind auch die Lübecker Streikenden gewillt, bis aufs Äußerste standzuhalten. Sie hoffen, daß ihnen die Sympathie und Unterstützung aller Klassenbewußten rechtlich denkenden Arbeiter hilfreich zur Seite steht. Noch sind 283 Streikende zu unterstützen, darunter 80 Wittwen und Mädchen; verheiratet sind 151 Streikende, die Zahl der von ihnen zu ernährenden Kinder beträgt 335. Genossen! Es handelt sich bei dem Streik um die Verteidigung der durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährtesten Koalitionsfreiheit. Unterstützt uns! Die Saat, die ihr dadurch sät, wird einst Früchte tragen. Laßt uns nicht sinken! Hoch die Organisation! Hoch die Solidarität! Das Streikkomitee. J. A.: Feinr. Schweizer.

Geldsendungen sind zu richten an Ernst Wendtsfeldt, Anfragen an Feinr. Schweizer, Ledersr. 3. Alle Parteiblätter und Gewerkschaftsorgane werden um Abdruck gebeten.

Die Leipziger Schriftsetzergesellen beschließen, wie uns geschrieben wird, eine vom Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen getrennte Lokal-Organisation zu gründen, um ihre speziellen Fachinteressen besser wahrzunehmen zu können.

Der erste Kongress der Feldarbeiter Ungarns ist am Sonntag in Budapest zusammengetreten. Der Wiener Arbeiterzeitung wird darüber berichtet:

Als im vorigen Jahre gelegentlich der Millenniumsausstellung auch das „Volk“ nach Budapest dirigiert wurde, um den schaulustigen Besuchern die echten, unverfälschten, von Zufriedenheit strotzenden Bauern zu zeigen, sah man ganz andere Dorfbewohner als heute auf dem ersten Kongress der Feldarbeiter. Dort die festlich geschmückten Landeute, die zum allgemeinen Gaudium in den pudrigen Bauernhäuschen im „Dorf“ der Ausstellung bald eine Bauernhochzeit, bald wieder eine Kindtaufe oder ein Kirchweihfest anstufen mußten, um den fremden und einheimischen Spielern die volle Zufriedenheit des Landvolkes zu beweisen. Hier Bauern, schwer arbeitende Feldarbeiter, wie sie wirklich aussehen. Sie verhalten sich zu jenen, wie die Wahrheit zur Lüge.

Nach 8 Uhr versammelten sich die aus 50 Gemeinden erschienenen 80 Delegierten, lauter urwüchsige Bauern, im Saale des Molnar'schen Gasthauses in der Lustigasse. Dem außergewöhnlichen Ereignis entsprechend war auch die Polizei mit einem ungewöhnlichen Aufgebot von Detektiven am Platz erschienen. Nach Konstituierung des Bureau's eröffnete Genosse Johann Niga aus Szabadka (Theeröpetel) den auf drei Tage anberaumten Kongress.

Der erste Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit dem Situationsbericht der landwirtschaftlichen Arbeiter in Ungarn. Mehr als zwanzig Redner schilderten in ergreifender und podender Weise mit schlichten Worten das namenlose Elend, das gegenwärtig unter den Bauern Ungarns herrscht. Angesichts dieser wahrhaften Darstellungen verblissen selbst die Berichte des Vater Stojalowski über die Lage der galizischen Landbevölkerung. Der Feldarbeiter in Ungarn wird nach alten Regeln der raffiniertesten Ausbeutungskunst vom Großgrundbesitzer, vom Pächter und von deren Beamten ausgefressen und betrogen, von den beherrschenden Organen brutalisiert und gemordet wie nur ein Mensch in Rußland. Der Delegierte von Lemerin (in der Backa, dem gesegneten Teil Ungarns) berichtete, daß er und sein Helfer bei der Arbeit während der dreiwöchigen Erntezeit nur drei Meterzentner Weizen (im Werte von 18 fl.) verdienen konnten. Ein anderer Delegierte schilderte in den düstersten Farben die Lage der Feldarbeiter längs der Donau; er selbst hat im verfloßenen Jahre bei angestrengter Arbeit nur 81 fl. 67 Kr. verdient. Die Arbeitszeit verteilte sich auf acht Monate des Jahres, während vier Monaten erhielt es zumeist keinen Erwerb. Er fragt, ob man mit einer solch geringen Summe eine Familie erhalten könne? Die Nahrung besteht zumeist in Kukuruzbrot und Grödpfeln. „Wie kann ein Land, das uns sonst nichts bietet, verlangen, daß wir es im Nothfall mit Gut und Blut verteidigen sollen?“ Ein anderer Delegierter beklagte sich über die erbitternde Rechtlosigkeit und über die ungerechten Steuern, von denen die Wegsteuer wohl die ungerechteste ist; sie wird unerbittlich eingetrieben, trotzdem der weitaus größte Teil der Landbevölkerung weder Wagen noch Zug, oder anderes Vieh besitzt, für die die Fahrstraßen benötigt werden. Ein Delegierter aus der Theißgegend referierte in fehrlicher, zwei aus dem Banat berichteten in

deutscher Sprache. Alle schilderten dasselbe traurige Bild. Es ist vielleicht nicht überflüssig, zu erwähnen, daß die Kongressmitglieder in brüderlicher Eintracht den fremdsprachigen Genossen zuhören; ohne ihn zu verstehen, fühlen sie, daß er unter demselben Joch zu leiden hat.

So viel kann schon jetzt konstatiert werden, daß dieser Kongress einen weit hinausragenden Markstein in der ungarischen Arbeiterbewegung bilden wird. Ungarn ist vorwiegend noch ein Agrikulturstaat, und deshalb kann die sozialdemokratische Bewegung unter den Industrie-Arbeitern allein nicht von so großer Tragweite sein wie in den westlichen Ländern.

Die Gasarbeiter der städtischen Gas-Anstalt in Karlsruhe sollten sich kontraktlich verpflichten, dem Fachverein nicht beizutreten beziehentlich aus ihm auszutreten. Die 65 in betracht kommenden Arbeiter sind entschlossen, die Unterzeichnung zu verweigern und dürfte es so wahrscheinlich zu einer Aussperrung kommen.

Die Kopenhagener Konditorgehilfen haben auf Veranlassung des Bäckerarbeiter-Verbandes einen Fachverein gegründet. Die Bäcker-Arbeiter vermochten sich durch ihre gute Organisation bereits viel bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen, als die Konditorgehilfen haben.

Aus Schweden. Die Orgelarbeiter in Stockholm haben einen Fachverein gegründet. In diesem Gewerbe sind in der schwedischen Hauptstadt etwa 60 Arbeiter beschäftigt. — Die Kachelofenarbeiter in Norrlöping beabsichtigen zu streiken, weil sich die Meister weigern, einen vom Fachverein angearbeiteten Lohnstarif anzuerkennen. — Der Bauischler-Fachverein in Stockholm hat sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen. — Der schwedische Grubenarbeiter-Verband hielt in Christianstadt seinen zweiten Kongress ab. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Auf dem Kongress wurden eine Reihe organisatorischer Beschlüsse gefaßt und der Verband erheblich leistungsfähiger gemacht.

Unternehmer-Verbände.

Die dem Deutschen Zuckersyndikat beigetretenen 151 Rohzuckerfabriken produzieren nur 900 000 Zentner Rohzucker, noch nicht 25 pSt. der deutschen Produktion. Das genügt nicht, um dem Syndikat den erstrebten Einfluß auf die Preisbildung zu verschaffen; von Seiten der Gründer wurde seinerzeit selbst angegeben, daß das Syndikat lebensfähig sei, wenn es 50 pSt. der deutschen Rohzuckerproduktion umfasse. Bis jetzt hat es aber nur die Hälfte dessen in sein Bereich zu ziehen vermocht. Beigetreten sind ihm vorwiegend kleine, irrational arbeitende Betriebe.

Gegen 1000 Rübenbauer Böhmens beschloßen in einer Versammlung zu Prag am 2. Februar eine scharfe Resolution gegen die Rübenzuckerfabriken, die als unmoralisch gefehlich zu unterliegen seien unter strengen Strafen. Der Rübenpreis sei auf Grund des jährlichen Zucker-Durchschnittspreises zu bestimmen und die Landwirtschaft solle aller Begünstigungen theilhaftig werden, die der Staat der Zuckerindustrie einräumt. Die Regierung möge, falls sich die Verhältnisse nicht bessern, die österreichische Zuckerproduktion monopolisieren, unter Umständen im Wege der Expropriation. Deputationen der Rübenbauer werden diese Wünsche dem Statthalter und den Ministern unterbreiten.

Dem Egeler Braunkohlen-Syndikat, das am 20. November 1898 in Magdeburg gegründet wurde, dort seine Verkaufsstelle hat und dem bisher nur die Braunkohlenwerke der Egeler Mulde und zwar sämtlich angehört, sind am 30. Januar in einer Versammlung zu Magdeburg bis auf ein Werk alle Braunkohlenwerke der Oscherslebener-Göplener-Helmstedter Mulden beigetreten. Das Syndikat führt nun den Namen: „Großes Syndikat für Kohlenverkauf“. Es umfaßt nun 18 Werke. Mit dem noch fehlenden Werke Schwaben Verhandlungen, um auch dieses zum Beitritt zu veranlassen. Von Altien-Gesellschaften gehören dem Syndikat an: die Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt, das konsolidierte Braunkohlen-Bergwerk Marie bei Ahendorf, die Harbter Kohlenwerke und das Braunkohlen-Bergwerk Caroline bei Osleben.

Das Syndikat der vereinigten Grobblech-Walzwerke Deutschlands hat sich am 2. Februar in Berlin konstituiert. Einstimmig wurde die sofortige Erhöhung der Preise beschloßen, und zwar für Schweifeisen um 2 1/2 Mark, für Flußeisen um 5 Mark pro Tonne (20 Zentner).

Soziales.

Die Stadtverordneten Ulms in Württemberg beriethen infolge der bekanteten Anregung des Ministeriums über die Frage der Errichtung eines städtischen Arbeitersekretariats beziehentlich Volksbureaus, waren jedoch der Meinung, daß in Ulm ein Bedürfnis nicht vorhanden sei. Die Verhältnisse lägen in dieser Beziehung in Süddeutschland wesentlich anders als in Norddeutschland. Infolge der freiwilligen Gerichtsbarkeit seien in allen denjenigen süddeutschen Städten, für welche die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Frage kommen könnte, eine geeignete Anzahl Refortbeamter vorhanden, die Auskunft geben könnten über die einschlägigen Fragen aus dem Bereiche des Rechts und der modernen Gesetzgebung. Es sollen deshalb die städtischen Beamten angewiesen werden, dem Publikum über alle in ihr Fach einschlagenden Fragen bereitwillig und freundlichst Auskunft zu erteilen, dem Publikum wird dies in geeigneter Weise bekannt gegeben werden. Nach einem Bericht des „Schw. B.“ bemerkte Oberbürgermeister Wagner noch, ein Bedürfnis für weitere Einrichtungen neben der Auskunftsübertheilung seitens der städtischen Refortbeamten liege nicht vor. Dagegen werde die Stadt, wenn z. B. von einer Arbeitervereinigung ein solches Institut ins Leben gerufen würde, ihm allen Vorbehalt angedeihen lassen.

Der Evangelisch-soziale Arbeiterverein in Hamburg hat einstimmig seine Auflösung beschloßen. Trübselig berichtet der „Hamburgische Correspondent“ darüber: Dem vor fünf Jahren gegründeten Verein gelang es nicht, eine größere Anzahl Handarbeiter als Mitglieder zu gewinnen. Außerdem wurde durch Meinungsverschiedenheiten wiederholt Wechsel im Vorstande hervorgerufen. Namentlich that auch die Naumann'sche sozialpolitische Strömung der Sympathie, die man in verschiedenen Kreisen für das Unternehmen hegte, entschieden Abbruch. Auch das frühere Vereinsorgan „Hamb. Volksblatt“ wurde nicht glücklich geleitet. Schließlich blieb nichts übrig, als die Auflösung.

Versammlungen.

Der Arbeiter-Vertreter-Verein hielt am Dienstag bei Buske in der Grenadierstraße seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung des Berichts aus den „Künftigen Nachrichten“. A. Dähne behandelte mehrere interessante Revisionen-entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts in Invaliditäts- und Altersversicherungssachen. Hervorgehoben wollen wir aus der mitgetheilten größeren Reihe nur zwei Entscheidungen. Das Reichsversicherungsamts hat entschieden, daß einer Versicherten die im Ausland zugebrachte Zeit einer Krankheit voll anzurechnen sei. Dies aber nur deshalb, weil sie bis zu ihrer Erkrankung dauernd im Inland thätig gewesen ist und auch nach eingetretener Besserung sofort die Arbeit im Inland wieder aufgenommen hat. Hätte sie vor oder nach der Krankheit im Ausland gearbeitet, dann wäre der Anspruch zurückgewiesen worden, weil Arbeit im Auslande die Versicherungspflicht im Deutschen Reich nicht begründet. — In einem andern Fall beantragte ein Ehemann, ihm und seinen Kindern die Hälfte der für seine verstorbene Frau verwendeten Beiträge zu ersetzen. Der Anspruch wurde zurückgewiesen, da gefehlich nur der Wittwe eines verstorbenen Versicherten, nicht aber umgekehrt ein

Anspruch auf Rückzahlung zusteht. Der Vortragende und ebenso die Versammlung sand hier eine Lücke des Gesetzes, da ja der Mann eventuell ein gänzlich hilfloser Krüppel und ebenso hilfbedürftig sein könne, wie eine Wittwe. Dieser Fall soll in der vom Verein geplanten Petition berücksichtigt werden.

Ueber diese Petitionsangelegenheit berichtete der Vorsitzende Simonowski. Es hat sich eine Kommission des Vereins mit der dem Reichstag vorliegenden Novelle zum Unfallversicherungsgesetz beschäftigt und eine neue Petition ausgearbeitet. Da die Mittel des Vereins erschöpft sind, sollen die Kosten für den Druck durch eine Extrasteuer der Mitglieder oder Erhöhung der Monatsbeiträge aufgebracht werden. Mehrere Redner aus der Versammlung machten jedoch darauf aufmerksam, daß es durchaus unbillig ist, den Mitgliedern neben den Opfern an Zeit und Arbeit auch noch die Kosten aufzubürden, da diese Petitionen z. durchaus nicht sowohl im Interesse der Mitglieder, als in dem der Gesamtheit der Versicherten liegen. Dähne schlägt vor, sich mit der Bitte um Beiträge für diesen Zweck an die Gewerkschaften zu wenden und theilt mit, daß seine eigene Gewerkschaft 60 M. hierzu überwiesen habe. Die Versammlung beschließt denn auch demgemäß. Die Mitglieder sollen in ihren verschiedenen Gewerkschaften, bei den Krankenkassen zc. Anträge auf Beihilfe zu dem obigen, im Gesamtinteresse der Versicherten liegenden Zweck stellen. — Wenn das neue Gesetz Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von den Beratungen im Bundesrath zurück ist, soll hierzu ebenfalls in einer Petition Stellung genommen werden.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag bei Nieft eine gut besuchte Versammlung ab, wo Genosse Peus einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt über das Thema: Arbeit, Bildung und Besitz. Der Redner setzte unter Hinweis auf Beispiele aus dem praktischen Leben eingehend auseinander, daß der Gegensatz zwischen den Gebildeten, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, und den Arbeitern im engeren Sinne in dem Maße schwinde, als die Proletarisierung der ersteren fortschreite. Wir könnten deshalb unsere Propaganda nicht auf die Handarbeiter beschränken, sondern müßten uns bemühen, auch die Schichten der geistigen Arbeiter in unsern Kreis zu ziehen. Nach dieser Richtung könne die national-soziale Bewegung von Erfolg sein, wenn sie bestrift sei, in den uns noch nicht zugänglichen Volkskreisen soziale Erkenntnis zu verbreiten und dadurch unserer Propaganda vorzuarbeiten. Die Arbeiter im engeren Sinne wären das Fundament, auf dem das Gebäude der Zukunftsgesellschaft errichtet werden solle, an dessen Vollendung aber auch die Gebildeten mitzuarbeiten hätten. Wenn einmal Arbeit und Bildung zusammengekommen, dann sei der Kapitalismus verloren. Eine Diskussion fand nicht statt.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Dienstag bei überfülltem Lokale von Cohn in der Brentstraße. Das sonderbare Verlangen der Polizeibeamten, daß niemand im Saale sitzen dürfe, wurde von Silberschmidt unter Hinweis auf das Vereinsgesetz zurückgewiesen, worauf sich auch der Herr wohl über übel zufriedener geben mußte. Silberschmidt erstattete im Namen der Lohnkommission Bericht über die Lohn- bezw. Streikbewegung im Jahre 1896. Während der Zeit haben 60 Versammlungen stattgefunden und sind tausende von Flugblättern und Handzetteln verbreitet worden. Gegen 31 Personen wurden 21 Anklagen wegen Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, 18 Anklagen wegen Bedrohung mit einem Verbrechen erhoben, wofür insgesamt über 6 Monate Gefängnis, sowie einige Hundert Mark Geldstrafe verhängt und 24 Strafmandate erlassen wurden. Trotz alledem hatte die Bewegung einen Erfolg aufzuweisen, wie er in früheren Jahren nicht erreicht wurde. Vorausstichtlich werden auch im kommenden Jahre unter ähnlichen Umständen die gleichen Erfolge erzielt werden können. Der von Richter erstattete Kassenbericht ergibt eine Gesamteinnahme von 73 357,53 M., von der allein durch Beitrags-sammeln 48 222,60 M., durch Richter 18 940,25 M., von anderen Gewerkschaften 4683 M. aufgebracht wurden. Die Gesamtausgabe bis zum 2. Januar 1897, unter welcher allein 6000 M. für die Hamburger Hafenarbeiter angegeben sind, betrug 52 992,42 M., so daß ein Bestand von 20 365,11 M. verbleibt. Von diesem Bestand sind 19 765,00 M. auf der Bank angelegt, während die Restsumme von 600,11 M. sich in den Händen des Kassiers befindet. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, entspinnt sich eine von Beyer'sdorf angeregte, längere und lebhaftere Diskussion, in welcher die Abrechnung vielfach bemängelt und betont wurde, daß viele Listen verloren gegangen und unterschlagen worden seien. Richter und die Revisoren verwahren sich gegen die gemachten Vorwürfe und weisen nach, daß die vorgelegten Quittungen im vorigen Jahre vor dem 2. Juni verrechnet waren; auch seien die angeblich verlorenen Listen und Marken dementsprechend verrechnet. Die Vorwürfe wurden nunmehr, nachdem die Kommission gerechtfertigt, gegen eine Anzahl sämmliger Beitragsammler erhoben. Auf Beschluß der Versammlung wurde diesen aufgegeben, die fehlenden Beträge zu zahlen. Hierauf wurde dem Kassier Richter Entlastung erteilt. Fritsch erfuhr, die verlorenen oder liegen gelassenen Arbeits- und Invaliden-karten zc. im Bureau, Orndorferstr. 30, abzuholen. Ein Antrag Frenzel, den im vorigen Jahre zwischen beiden Richtungen vereinbarten Vertrag dahin abzuändern, daß in jeder zu wählenden allgemeinen öffentlichen Abruerverammlung bestimmt wird, welche Richtung den Obmann bezw. den Kassier zu entsenden hat, gelangte nach längerer Diskussion zur Annahme. Die „Zentralen“ sollen den Obmann, die „Lokalen“ den Kassier vorschlagen. Auf Grund dieses Vertrages, wonach in die Lohnkommission je drei Mitglieder von einer Richtung gewählt werden, wurden nunmehr Silberschmidt einstimmig, Pauser, Fritsch, Kater, Richter und Herzorth gegen mehr oder weniger Stimmen zu Mitgliedern der Lohnkommission für 1897 ernannt. Zu Revisoren wurden Brom und Matull gewählt. Ein Antrag: Jedem Mitglied der Kommission mit Ausnahme der Generalkassier pro Tag 6 M. zu gewähren, wurde nach zweimaliger, unter großer Erregung vorgenommener Abstimmung als abgelehnt erklärt, dagegen ein anderer, welcher besagt, daß jedes Mitglied der Lohnkommission den ordentlichen Mindestlohn erhält, mit geringer Mehrheit angenommen. Kater legte hierauf sein Amt nieder. Knüpfen beantragte, den Hamburger Hafenarbeitern auch fernerhin pro Woche 1000 M. zu bewilligen. Nachdem sich mehrere Redner dagegen erklärt hatten, da bereits 8000 M. gezahlt seien, wurde der Antrag bei vieler Stimmhaltung angenommen; desgleichen ein Antrag, den streikenden Schiffbauern in Weiskensfeld 1000 M. zu überweisen. Nachdem die Wahl der Beitragsammler vollzogen, wurde bekannt gegeben, daß in nächster Woche abermals eine große öffentliche Versammlung stattfindet.

Arbeiter-Bildungslehre. Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: S. B. o. 14. 1. 1. Waldemarstr. 14: Rede-Übung (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Behr'sches Institut für Volkshochschule, Berlin. — Nordische, Brammstr. 25: Gedichte (alte Gedichte, Urzeit, Entstehung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer), Herr Dr. G. Tim.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeit-schriftenmaterials schon von 4 Uhr abends an geöffnet.

Die Festhalle der Arbeiter-Bildungslehre. Donnerstag, 26. 11. 1896, von 7 bis 9 Uhr. Sonntag von 4 bis 9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Festhalle der Schule N., Brunnenstraße 20, die den Vereinsvorständen zur Veranstaltung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6 bis 9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Jugendklub Berlin und Umgebung. Vortragende Hr. Neumann, Hofmannstr. 3. Alle Vorträge im Vereinslokalen sind zu richten an Friedrich Kottmann, Brunnenstraße 20, 3. Et.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgebung. Vorträge im Vereinslokalen sind zu richten an Hermann Braunschweig, Prederstr. 107/8.

Centralverein der Bureauangestellten Deutschlands. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahle, Reichthalerstr. 57, Vortrag des Kollegen Jabbach: Der Nutzen der Berufsvereine.

Depeschen siehe am Schlusse der I. Beilage.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg wurde am Mittwoch berichtet: In die feste Mauer der Gewerkschaften war in voriger Woche leider eine wenn auch kleine Bresche geschlagen, indem sechs Mann von ihnen abtrünnig geworden waren. Nach zehntägiger Arbeit legten fünf von ihnen die Arbeit wieder nieder. Am Dienstag war eine ganze Anzahl Binnenschiffer hier angekommen, die Gewerkschaftsdienste verrichten sollten. Es gelang, die Leute abzufassen und, nachdem sie Klarheit über die hiesige Lage erlangt hatten, reisten sie fast ohne Ausnahme wieder in ihre Heimat zurück.

Seitens der staatlichen Desinfektionsanstalten wurden in diesen Tagen die Massenquartiere der „Arbeitswilligen“ bei der Poggenmühle gereinigt. Hierbei wurden unglückliche Zustände hat man dabei gefunden. Das sind die Massenlogis, die nach den täglichen Berichten der Hamburger Arbeiterpresse betrefis der Keimlichkeit geradezu mufferhaft sein sollten. Wie mag es erst auf den Hotelschiffen im Hafen ausgesehen haben und noch aussehen, wo in den engen niedrigen Räumen, die schlecht gelüftet werden können, die „Arbeitswilligen“ Schulter an Schulter bei einander lagen. Und solche Zustände bei der von Tag zu Tag drohenden werdenden Pestgefahr.

Dienstag Nachmittag nahm eine öffentliche Versammlung der Gast- und Schankwirthe von Hamburg und Umgegend Stellung zum Streik. Sämtliche Redner stellten sich auf Seiten der Streikenden. Man versicherte, die Streikenden in jeder Beziehung energisch unterstützen zu wollen. Dem Zentralausschuss der Gastwirthvereine von Hamburg wurde die Angelegenheit einiger Arbeiter zur energischen Verfolgung überwiesen, die von den Heilbringischen Spritwerken in Wandlstedt und den Höpferchen Spritwerken in Hamburg deshalb entlassen sind, weil sie die Verrichtung von Streikberufsdiensten verweigerten.

Heute werden wieder zwei große Frauenversammlungen abgehalten.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein:

- Präsident Wagner u. Dänneberg mit Substanz, 8. Rate 10,50. Arbeiter der Berliner Modellfabrik, 4. Rate 5.—. Schleifschleiferei, Steglitz 6.—. Schleifschleiferei, Schiffbauwerk 3,20. Kleinarbeiter von Parthaus in Schlesien, 8. Rate 50.—. Tischlerei Cortolus, 8. Rate 6,70. Gewerkschaftsarbeit Friedrich in Bayern durch J. 200.—. Bedenarbeiter in Wühlburg in Baden 20,54. Aus dem 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363. u. 1364. u. 1365. u. 1366. u. 1367. u. 1368. u. 1369. u. 1370. u. 1371. u. 1372. u. 1373. u. 1374. u. 1375. u. 1376. u. 1377. u. 1378. u. 1379. u. 1380. u. 1381. u. 1382. u. 1383. u. 1384. u. 1385. u. 1386. u. 1387. u. 1388. u. 1389. u. 1390. u. 1391. u. 1392. u. 1393. u. 1394. u. 1395. u. 1396. u. 1397. u. 1398. u. 1399. u. 1400. u. 1401. u. 1402. u. 1403. u. 1404. u. 1405. u. 1406. u. 1407. u. 1408. u. 1409. u. 1410. u. 1411. u. 1412. u. 1413. u. 1414. u. 1415. u. 1416. u. 1417. u. 1418. u. 1419. u. 1420. u. 1421. u. 1422. u. 1423. u. 1424. u. 1425. u. 1426. u. 1427. u. 1428. u. 1429. u. 1430. u. 1431. u. 1432. u. 1433. u. 1434. u. 1435. u. 1436. u. 1437. u. 1438. u. 1439. u. 1440. u. 1441. u. 1442. u. 1443. u. 1444. u. 1445. u. 1446. u. 1447. u. 1448. u. 1449. u. 1450. u. 1451. u. 1452. u. 1453. u. 1454. u. 1455. u. 1456. u. 1457. u. 1458. u. 1459. u. 1460. u. 1461. u. 1462. u. 1463. u. 1464. u. 1465. u. 1466. u. 1467. u. 1468. u. 1469. u. 1470. u. 1471. u. 1472. u. 1473. u. 1474. u. 1475. u. 1476. u. 1477. u. 1478. u. 1479. u. 1480. u. 1481. u. 1482. u. 1483. u. 1484. u. 1485. u. 1486. u. 1487. u. 1488. u. 1489. u. 1490. u. 1491. u. 1492. u. 1493. u. 1494. u. 1495. u. 1496. u. 1497. u. 1498. u. 1499. u. 1500. u. 1501. u. 1502. u. 1503. u. 1504. u. 1505. u. 1506. u. 1507. u. 1508. u. 1509. u. 1510. u. 1511. u. 1512. u. 1513. u. 1514. u. 1515. u. 1516. u. 1517. u. 1518. u. 1519. u. 1520. u. 1521. u. 1522. u. 1523. u. 1524. u. 1525. u. 1526. u. 1527. u. 1528. u. 1529. u. 1530. u. 1531. u. 1532. u. 1533. u. 1534. u. 1535. u. 1536. u. 1537. u. 1538. u. 1539. u. 1540. u. 1541. u. 1542. u. 1543. u. 1544. u. 1545. u. 1546. u. 1547. u. 1548. u. 1549. u. 1550. u. 1551. u. 1552. u. 1553. u. 1554. u. 1555. u. 1556. u. 1557. u. 1558. u. 1559. u. 1560. u. 1561. u. 1562. u. 1563. u. 1564. u. 1565. u. 1566. u. 1567. u. 1568. u. 1569. u. 1570. u.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 4. Februar.
Opernhaus. Hienz, der letzte der Tribünen.
Schauspielhaus. Die Jettige. Deutsches. John Gabriel Hortman. Schiller. Ein Volksfeind. Berliner. Kaiser Heinrich. Bekking. Die Wiederkehr. Westen. Die wilde Jagd. Neues. Marcelle. Neben. Die Frauenjäger. Unter den Linden. Die Fledermaus. Pierrot als Heirat. Zentral. Eine wilde Sache. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kranz. Thalia. Frau Lieutenant. Alexanderplatz. Eine pilante Ehe. Cicub. Der Walzerkönig. Parodie. Genoveva. Volks. Von Stufe zu Stufe. Passage-Panoptikum. Traumbilder. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum ersten Male:
Das Käthchen von Heilbrunn.
Von Heinrich von Kleist.
Käthchen: Wilhelma Wagner. Wetter v. Straß: Heinrich Frey. Rheingraf v. Stein: Rich. Jürgas, Theobald: Blüth. Raff.
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Bahnhöfen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Volksfeind.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Millionenaner.

Central-Theater.
Alle Jafobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Donnerstag, den 4. Februar cr.:
Emil Thomas a. G.
Feste Woche.
Benefiz für Georg Kaiser.
Zum 126. Male:
Eine wilde Sache.
Morgen: Eine wilde Sache.
Anfang 1/8 Uhr.
In Vorbereitung: Ein adeliger Abend.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
"Frau Lieutenant."
Laudenille in drei Akten von Paul Herter und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Dirckel.
Ruff von G. Serpette und S. Roger.
Morgen und folgende Tage: "Frau Lieutenant."
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trilby.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weis.
Donnerstag, Freitag: Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 2. Volksvorstellung zu kleinen Preisen: Die Stunde der Verlobung. — Sonntag nachmittags 3 Uhr (halbe Preise): Der deutsche Michel. — Montag, 3. Volksvorstellung zu kleinen Preisen: Schwere- nöther.

Friedrich-Wilhelmst. Theater.
Zweites Gastspiel des französischen Komikers Frieda Lanis vom Deutschen Volkstheater in Wien und des Herrn Viktor Aufschera vom Hofburgtheater in Wien zum zweiten Male: Wanfried. Trauerspiel in 5 Akten von Moritz von Goltmann.
Freitag: Schauspiel des Hrn. Frieda Lanis vom Deutschen Volkstheater in Wien und des Herrn Viktor Aufschera vom Hofburgtheater in Wien. "Wanfried". Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Dorf und Stadt. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Billets ohne Vorbehaltgebühren an der Theaterkasse; außerdem im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24, bei Paul Komelk, Leipzigerstraße 6, und Julius Vengensfeld, Markgrafenstr. 50.

Alexanderplatz-Theater.
Kleine Preise. Heute und die folgenden Tage: Eine pilante Ehe. Berliner Waise mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Prubens. — Anfang 8 Uhr. — Sämmtliche ausgegebenen Bonds, auch die zu anderen Stellen ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Nischenbrödel. Original- u. Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Heinrich Volten-Bader. Billets sind schon 3 Tage vorher, ohne Vorbehaltgebühren, an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 1/211—1/22 Uhr. Abends von 1/27 Uhr an.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Widinger und Leonhard Godel.
Der Glückhader.
Montag, den 8. Februar zum 100. und letzten Mal:
Der Lumpenball.
Billets sind schon heute an der Kasse zu haben.
In Vorbereitung:
Die Ballhaus-Anna.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Entree 30 Pfennige.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Anwaltsbüro, 57/62
Lebeter Stadtbahnhof.
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Am Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesausgabe.

Passage-Panoptikum.
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettswimmen.

Werestchagin - Ausstellung
Napoleon I. in Russland 1812
Altes Reichstags-Gebäude
4 Leipzigerstr. 4.
Geöffn. v. 11 vorm. b. 9 Uhr ab.
Entree 50 Pf.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
H. a. Gelsch. Carré, brillante Doppel-Fongleure.
Mira Bornmann, die feiche Soub. Otto Buddel, gefällt nach wie vor. Neu einstudiert:
Bomben und Granaten. Poise.
Anfang Hochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

Volks-Theater
31 Reichenbergerstr. 31.
Pferdebahnstation Kottbuser Thor.
Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr:
Zum zweiten Male in glänzender Ausstattung:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang von Dr. Hugo Müller. Musik von H. Bial. die neuen Kompletts und Gesangsnummern v. H. Probst, komponirt von R. Thiele.
Regie: August Reiff.
Preise der Plätze: Prosc.-loge 3 M. Parquetloge 2 M. Park. Haut., Mittelrang-Haut. und 1. Rang-Hautteil 1,50 M., Mittelrang und 1. Rang 1 M., Tribüne 75 Pf. Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.
Vollständig neues Programm.
Auftreten der berühmten spanischen Tänzerin
Carmencita,
sowie des engl. Schönheits-Quintetts
The 5 Lorrison,
genannt: Das Empire-Quintett.
Kinetograph neuer interessanter Bilder-Zerie.
Hemer: 12 Debuts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété
Neues Programm!!!
Der kleinste Circus der Welt.
Real-Wasser-Pantomime.
D. Entführung a. d. Drachenschlacht.
Hr. Patty Antipode.
Lorch-Truppe.
Rose und Jules.
E'lack und White.
Geschw. Emilon.
Geschw. Gorelly.
Edi Blum
und 25 Aile-Pantomimern.

Lumpen-Gastspiel
Parodie-Theater
Craniensstr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Revität: Genoveva. Pfalzgräfin am Rhein, oder: Ein schwer gekränktes Frauenberg. Großes Mitterdrama in 5 Akten.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Tredenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang.
Anfang: Entree:
Hochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Widinger und Leonhard Godel.
Der Glückhader.
Montag, den 8. Februar zum 100. und letzten Mal:
Der Lumpenball.
Billets sind schon heute an der Kasse zu haben.
In Vorbereitung:
Die Ballhaus-Anna.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Entree 30 Pfennige.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Tredenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang.
Anfang: Entree:
Hochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Tredenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang.
Anfang: Entree:
Hochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Tredenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang.
Anfang: Entree:
Hochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Tredenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang.
Anfang: Entree:
Hochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Circus Renz
Karlstasse.
(Jubiläums-Zeison 1896/97.)
Donnerstag, den 4. Februar 1897.
Abends 7 1/2 Uhr:
Angeordnete Vorstellung.
Aufführung der Revität!
Durchschlagender Erfolg!
Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.

Riesengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische Handlung. Von Direktor Franz Renz und dem großherzoglich hessischen Hofballmeister Aug. Niems. Komische Szenen! Gebirgsgepflogen! Hochinteressant. Schlitten-Korso auf die freien Anhöhen! Trauenerregende Ausfahrt eines dahinjagenden Viererzuges, der mit Blüheschnele den über vierzig Fuß hohen Berg erreicht. (Geragt jedesmal die grühte Sensation) Höchster Triumph der heutigen Circuskunst! Naturgetreue Hörnerchiffelstahrt im Riesengebirge. Im Reiche des Geisterfürsten. Zauberkunst Ballet.
Freitag, den 5. Februar 1897, Abends 7 1/2 Uhr: Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Donnerstag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée équestre.
Das Tagesgespräch von Berlin: Nach Sibirien.
Neuhaftige Ausstattung. Noch in keinem andern Circus gewagte equestre Effekte.
Original-Ideen.
Außerdem: Ein hippolog. Konkre-Lablan, drei- und vorgeführt vom Direktor Vuid, 4 Fuchshengste als Thurnspringer, Original-Dressur des Dr. Busch, Petronius, russ. Denshger v. Mme. Maria Doré, Austr. des Soldatens Herrn Salamonoff, Pierrotis-Kontent. Der Gigant-Klow Dr. H. Daniels. Spezialitäten L. Kanges, Vorkahl. Klowns. Morgen: Nach Sibirien.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuser Strasse 4a.
Heute, sowie jeden
Donnerstag und Sonntag:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Zum Schluss:
Finte's Schelmenfrevche.
Einfachheit von Meyfel.
Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (neue Plätze).
Freitag: Vittoria-Brauerei.

Zeem-Palast, Burg
Direktion Winkler & Fröbel.
Das neue Sensations-
**Februar-
Ries-Programm.**
Nur noch einige Tage:
Zirkus Zarosani.
Am 4. Februar: Zum 1. Male:
Eine tolle Nacht.
Hauptrollen: Rich. Winkler und Wilhelm Fröbel.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reclerirt 50 Pf.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neue Ausstattung!
!! Im Frühlingsglanz!!
Täglich populäre Konzerte der gesamm. Kapellen u. A. der 25 Mann starken Besetzungstruppe.
Theater-Abtheilung:
Aufstiege von Humoristen, Komikern u.
Täglich Anstich von
Bock-Bier
aus der
Berliner Bock-Brauerei.
Jul. Wernau's
Festsäle,
Schwedterstr. 23/24.
3 Vereinszimmer, gut eingerichtet, von 50-150 Personen fassend, 2 verdeckte Regelbahnen noch einige Tage in der Woche zu vergeben. 10334*
Telephonamt III, Nr. 2440.

Biervorlag m. Speiseverrichtung
lot, zu perf. Vorkauf-Platz 16. (10000)

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
Die Vertrauensleute und Offizinskassirer werden ersucht, zur Orientirung über den Zweck der außerordentlichen Vereinsversammlung
heute, Donnerstag,
von 10 Uhr morgens bis spätestens abends 8 Uhr, Flugblätter für die Mitglieder auf der Verwaltung, Ritterstr. 88, abholen zu lassen.
Der Gauvorstand.

Achtung! Achtung!
Nadler, Siebmacher, Drahtweber, Spinner etc.
Sonntag, den 6. Februar, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in Buske's Salon, Grenadierstr. 33.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Näther. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nicht der Kollegen ist, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Nach Schluss der Versammlung: Geistesiges Beisammensein mit Tanz. Der Vertrauensmann der Drahtarbeiter.
30836

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltung Berlin).
Am Sonntag, den 6. Februar 1897, in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 58:
Großer Wiener Masken-Ball.
Anfang 8 Uhr. Billets 50 Pfennig.
Billets sind bei den belannten Vertrauensleuten zu haben. (114/18)

Zentral-Verband der Konditoren, Pfefferkuchler und verw. Berufsgenossen (Vollverein Berlin).
Am Sonntag, den 6. Februar 1897, bei Gründel, Brunnenstraße 188:
5. Stiftungs-Fest.
Konzert. — Gesang. — Um 10 Uhr Festschere, geh. vom Gen. G. Wagner. Theater und Tanz.
Zur Aufführung gelangt: Spar-Agnes, oder: Freie Liebe. Verschiedene Heberausgaben. — Anfang 8 Uhr.
Billets à 25 Pf. werden ausgegeben bei den Kollegen Gasse, Schulgen-dorferstraße 3a, I., und Weiskens, Wallstr. 14 im Laden. 51/1

Achtung! Kolberger Salon Achtung!
Kolbergerstrasse 23.
Sonntag, den 6. Februar 1897:
Großer Wiener Maskenball
arrangirt vom
Gesangverein „Nordwacht“
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ??
Der Vorstand.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Tredenerstr. 52/53 (City-Passage)
Anfangstr. 42/43.
Sensationelles, neues Programm.
Unter anderem: Die unerreichten, großartigen Kunststücke Brothens Clewers, Robin & Berat, Barnum & Beilay.
Großes Konzert eines volles Orchesters mit perf. Leit. des Kapellmeisters Martin Stein. Die Preisarten behalten Gültigkeit.
Anfang: Hochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Betty Koepen
Heinrich Boccalius
Verlobte. 30886
Orchester-Chor „Vorwärts“
zu Rixdorf.
Vereinslokal: Hermannstraße 40 (Viktoria-Säle.)
Jeden Donnerstag: 30826
abends 9 Uhr. Gäste willkommen.
Das hierorts verbreitete Gerücht, obiger Verein hätte verloscht, den Dirigenten des Vereins Musikfreunde für sich zu gewinnen, erklären wir für böswillige Falschung.
Der Vorstand: W. Mänzer.

Moabit, Bredowstr. 11.
Heute, Donnerstag:
Großes Schlachtfest!
Von früh 3 Uhr ab: Wellfleisch und Kesselswurst, wozu Freunde und Bekannte ergebenst einladet
Heinrich Meyer, Gastwirth, Bredowstr. 11.

Der Anstich unseres diesjährigen
Bock-Bieres
beginnt
Sonntag, den 6. Februar.
Brauerei Pichelsdorf.
10254*

Gefärbt wird in A. Pergandé's Dampf-Färberei
für 2,50 bis 3 Mark
in allen Farben Damenkleider, Heberischer, Röcke, im ganzen oder getrennt, Möbelstoff, à Wd. 1 M., Bett- und Tischdecken, à Stück 1,25 M., Steppdecken, à Stück 2-2,50 Mark.
Chemisch gereinigt
Damenkleider für 2,50-3 M., Herren-Anzüge, gereinigt u. gebügelt, 2,50 M.
Gegründet 1875. **Berlin** Gegründet 1875.
Fabrik: Holzmarkt-Strasse 21
Hauptgeschäft: Waldemar-Strasse 52
vis-à-vis dem Garten von Bethanien.
Bitte genau auf meine Firma zu achten, weil sich in der Straße eine Annahmestelle befindet, die nicht zu meinem Geschäft gehört. 9512*
Fillialen: Göttingerstr. 41; Reinholdsdorferstr. 8a; Al.-Moabit 36. Rummelsburg, Thurystr. 21. Friedrichshagen, Wilhelmstr. 52. Potsdam, Nauenerstr. 18. Strausberg, Wriezenerstr. 24. Küstrin, Norddorferstr. 62. Wüchtersberg, bei Herrn Kaufmann kleine. Kallberge-Rüdersdorf (Gründl), bei Herrn Kaufmann Schulz. Schulzenhöhe, bei Herrn Kaufmann Adolf Müller. — Für Berlin Abholung u. Zustellung kostenfrei.

Künstl. Zähne 2 M. Schmarzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M. 10000
Theilz. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

Zentralverein der Bildhauer.
Hierdurch geben wir bekannt, daß unser Mitglied, der Holzbildhauer
Max Behrendt
im Alter von 42 Jahren an der Lungenschwindsucht verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Rixdorf, Wühlstr. 5, auf dem Rixdorfer Gemeindefriedhofe statt.
Um rege Theilnehmung ersucht
Der Vorstand.
Achtung! Achtung!
Maurer!
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend die traurige Mittheilung, daß das Mitglied
Fritz Tschöpe
am 2. Februar 1897 nachts 11 Uhr an der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom August- u. Hospital in der Schornhorststraße aus statt.
Um rege Theilnehmung der Kollegen ersucht
Der Vorstand.
129/9

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, **Germann Faber**, nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag 4 Uhr von der Leichenhalle Rixdorf nach dem Eilfbahnhof Kirchhof statt. 30826
Die trauernde Witwe nebst sieben unminörlichen Kindern. Emilie Faber geb. Gaspel.

Dankagung.
Sage allen Verwandten, Bekannten, Freunden und Kollegen für die herzlichste Theilnahme und die reichliche Blumen-spende beim Begräbniß meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
Franz Frieda Schmidt
nebst Kindern.
Den Herrn Karl Kofebe, Kammerstr. 19, erkläre ich für herzlich. Zieite.

Möbel-Verkauf
Köpnickerstr. 154, Hof part.
und 1 Treppe im Fabrikgebäude, wofelbst auch eigene Tapetenwerkstatt. Dasselbst bietet sich passende Gelegenheiten, geschmackvolle und solide Möbel zu erkauflichen billigen Preisen zu erwerben. Wir machen keine kostspielige Ankäufe, sind daher in der Lage, besser und billiger zu liefern als unsere Konkurrenz. Ganze Einrichtungen, mit Stube u. Küche beginnend, garantirt echt Kirschbaum, 300 R. Gewasste Möbel können nach Wunsch kostenfrei lagern. Geöffnet von 8-8, Sonntags von 7-10 und 12-2 Uhr. Lieferung franko.

Für 36 Mark
feinle Anzüge nach Maß. Für 30 M. Sommer-Balet nach Maß. Für 8-12 M. feinle Hosen nach Maß. Verschönerung zu billigen Preisen. Groß-Stofflager. 9652*
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten
Gein Weiss-, Baitschbier-
und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. *
H. Stramm, Reß, Ritterstr. 123.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an, Theilz. wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödten bei Beschulung unentgelt.
Guckel, Lankwitzerplatz 2, Eilfbahnhof, str. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Arbeitsmarkt.
Wir suchen fleißige, intelligente Vermittler in Berlin und Bezirken. Hohe Provisionen. Günstige Bedingungen. Berufsberatung-Gesellschaft **Duringia**, Friedrichstr. 62 I. (31766)

Surbelstepper u. Stepperrinnen
verlangt bei hohem Lohn 20756
David Riese, Jägerstr. 25.

Kaffee-Rösthmeister.
Gesucht zum 1. März u. ein im Kaffee- und Getreide-Geschäft durchaus erfahrener, mit besten Zeugnissen versehenen Röstmeister für eine Kaffee-Röstherei in Hannover.
Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche an **Knautstein u. Bogler, H. G. Hannover**, unter „W. 522“.

Tüchtige Korbmacher
auf Gestellarbeit, speziell ge-flochtene Rohrmöbel, sucht
Heinrich Ahrens, Hamburg.
Einen 30855

Bürstenmacher „Bohrer“
berl. N. Biehens, Aderstr. 132, 5. 6. II.
Per sofort ein tücht. **Vergolder** oder **Vergolderin** für dauernde Stellung gesucht.
Ottens, G. M. Petersen u. Co.
Tüchtige **Silberarbeiter** für Hammerarbeit und Montirung finden dauernde Beschäftigung bei 30836
Weichardt, Ritterstr. 73.

Konvertfabrik.
Ein tüchtiger gelbter Zuschneider für Extriformate (sogar verlangt) Gesuch ein tüchtiger **Wäschen-meister**, der mit Tschöps u. Vieh-hardt-Wäschen genau bescheld-eich, wird verlangt. Ausb. Weis- und Gehaltsanpr. und schriftl. unter N. 345 in Gertrudens Ammonen-bureau, Alexanderplatz 1, abgegeben

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Stöck** in Berlin. Druck und Verlag von **Wag. Bading** in Berlin.